



Leseprobe

Thomas Karlauf

Helmut Schmidt

Die späten Jahre

»Sie legen das Buch nicht mehr aus der Hand. Es liest sich wie ein Roman.« *Nils Minkmar, DER SPIEGEL*

Bestellen Sie mit einem Klick für 18,00 €



Seiten: 560

Erscheinungstermin: 25. Juni 2018

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Kein anderer Politiker der Bundesrepublik hat eine solche fast kultische Verehrung genossen wie Helmut Schmidt. Thomas Karlauf entfaltet in der großen Biographie seiner späten Jahre ein intimes Stück deutscher Zeitgeschichte. Fast alle Biographien Schmidts enden mit dem Jahr 1982, dem Jahr seines Ausscheidens aus dem Kanzleramt. Von seinem Leben in den dreiunddreißig Jahren danach drang nur wenig nach außen. Wie aber wurde dieser Mann, der 1982 noch als durchschnittlicher Kanzler galt, zu einem Idol der Deutschen?



Autor

Thomas Karlauf

Thomas Karlauf, geboren 1955 in Frankfurt am Main, ging nach dem Abitur nach Amsterdam und arbeitete zehn Jahre für die George-Zeitschrift *Castrum Peregrini*. Von 1984 bis 1996 war er Lektor bei den Verlagen Siedler und Rowohlt und führt seither eine Agentur für Autoren in Berlin. Bei Pantheon erschien zuletzt seine vielgelobte Biographie »Stefan George. Die Entdeckung des Charisma«.

Thomas Karlauf

Helmut Schmidt
DIE SPÄTEN JAHRE

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 2016 im Siedler-Verlag, München.
Die Archivreisen wurden unterstützt von der ING-DiBa.

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf
deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen
der Verlagsgruppe Random House GmbH.

Erste Auflage
Pantheon-Ausgabe Juni 2018

© 2016 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München
Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München,
nach einer Vorlage von Rothfos & Gabler, Hamburg
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-570-55370-1

www.pantheon-verlag.de

 Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

Inhalt

Vorwort	7
TEIL I	
Jahre der Zurückhaltung (1982–1990)	
1 Inszenierung eines Verrats	15
2 Die langen Schatten der SPD	34
3 Zurück in Hamburg	67
4 Einmal um die Welt	107
5 Schwierige Verwandte	149
6 Keine Memoiren?	183
TEIL II	
Jahre der Einmischung (1991–2003)	
7 Weil das Land sich ändern muss	207
8 Entdeckung einer Weltmacht	250
9 Die schwere Hypothek	280
10 Die rot-grünen Jahre	320
TEIL III	
Wege des Ruhms (2003–2015)	
11 Das Gedächtnis der Nation	367
12 Deutungshoheit	400
13 Lauter Abschiede	433
14 Die letzten Monate	460

Anhang

Danksagung	485
Anmerkungen	488
Quellen- und Literaturverzeichnis	539
Sachregister	543
Namenregister	547
Bildnachweis	557

Vorwort

Im August 2014 brachte Helmut Schmidt das Gespräch mit dem Verfasser dieses Buches auf ein Thema, das ihn seit vielen Jahren beschäftigte: warum eigentlich kein Historiker sich so richtig für das interessiere, was er nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers 1982 alles gemacht habe. Das sei doch eine Menge, und manches davon halte er für nicht ganz unwichtig. Einige Jahre zuvor war der zweite Band der grundlegenden Biographie von Hartmut Soell erschienen. Das 2000-Seiten-Werk endete mehr oder weniger mit dem Sturz im Oktober 1982, und das wollte Schmidt so nicht hinnehmen. »Als hätte ich danach kein Leben mehr«, klagte er ein ums andere Mal.

Ich würde mich erkundigen, welchen Historiker der jüngeren Generation man mit einer solchen Aufgabe betrauen könnte, sagte ich und fuhr am Abend zurück nach Berlin. Man braucht zwei Stunden. Wie oft ich diese Strecke seit Mitte der achtziger Jahre gefahren bin, um Helmut Schmidt für einen oder zwei Tage in Hamburg zu besuchen, weiß ich nicht, aber an diese Fahrt erinnere ich mich genau. Als ich zu Hause ankam, stand mein Entschluss fest, das Buch, das Schmidt sich wünschte, selber zu schreiben.

28 Jahre hatte ich das Privileg, mit ihm zusammenarbeiten zu dürfen. Von seinem ersten Erinnerungsband *Menschen und Mächte* 1987 bis zu seinem letzten Buch *Was ich noch sagen wollte*, das ein halbes Jahr vor seinem Tod erschien, habe ich fast alle seine Buchveröffentlichungen betreut. Mit seinen Interessen, seinen Vorlieben, seinen Abneigungen war ich einigermaßen vertraut und wusste in etwa einzuschätzen, worauf es ihm ankam. Kenntnisse, die sich andere erst mühsam hätten erarbeiten müssen, brachte ich also mit.

Die nötige Distanz, die eine kritische Biographie verlangt, würde sich mit der Zeit schon einstellen, hoffte ich.

Vier Wochen später trug ich Schmidt meine Kühnheit vor. Es sei mir ja wohl klar, auf wie viel Arbeit ich mich da einließe, meinte Schmidt, ob ich mir wirklich zumuten wolle, Jahre im Archiv zu sitzen. »Als Freund rate ich Ihnen ab.« Schmidts Privatarchiv, das seit einigen Jahren in einem funktionalen Neubau neben seinem Haus in Hamburg-Langenhorn untergebracht ist, kannte ich gut, bei der Vorbereitung vieler seiner Bücher hatte ich dort recherchiert. Ich machte mir keine Illusionen, was den Arbeitsaufwand anging, war aber davon überzeugt, dass es sich lohnen würde.

Auf der Frankfurter Buchmesse Anfang Oktober besprach ich das Projekt mit dem Leiter der Siedler Verlags. Schmidts »Hausverlag« schien mir die passende Adresse: Der Bundeskanzler a. D. hatte dort seine wichtigsten Bücher publiziert und den Verlagsgründer Wolf Jobst Siedler immer als »seinen« Verleger bezeichnet; ich selbst hatte Schmidt 1987 als Cheflektor des Verlages kennengelernt. Mein Angebot wurde angenommen. Als ich am 11. November 2014 wieder in Hamburg war, kam Schmidt gleich zur Sache und fragte, ob ich mir das Ganze noch einmal überlegt hätte. Ich würde es mir zutrauen, antwortete ich. Er selber hatte inzwischen offenbar auch eine Entscheidung getroffen. »Dann ist das hiermit also verabredet«, sagte er.

Im Dezember ging es noch um Korrekturen an Schmidts letztem Buch. Dann nahmen unsere Gespräche unmerklich einen anderen Charakter an. Ich fragte jetzt nicht mehr als hilfreicher Lektor und Zuarbeiter, sondern als Biograph, der keine Behauptung ungeprüft übernehmen durfte und Vorsicht walten lassen musste insbesondere gegenüber allen Versuchen nachträglicher Umdeutung durch den Protagonisten selbst. Der Autor muss sich seinen Helden vom Leib halten, hat der Caesar-Biograph Christian Meier einmal gesagt, und um wie viel mehr galt das für einen noch lebenden.

Alle drei bis vier Wochen fuhr ich für einige Tage nach Langenhorn, um mich durch die Akten zu fressen, und saß jedes Mal auch ein paar Stunden mit Helmut Schmidt zusammen. Viele meiner sehr

detaillierten Fragen konnte er nicht beantworten, weil ihm die Zusammenhänge nicht mehr präsent waren, anderes schien ihn nicht zu interessieren. Ich sei auf einer falschen Spur, sagte er dann, die Dokumente, die ich gefunden hätte, seien völlig unerheblich. Ich verteidigte mich, erläuterte, warum sie in meinen Augen wichtig seien – und merkte zu spät, dass er mich gerade examinierte und von mir lediglich hören wollte, ob ich seine Rolle auch angemessen beurteilte.

Während Schmidt auf diese Weise seine Neugier zu stillen und zugleich Einfluss auf den Biographen zu nehmen suchte, war es mein Ehrgeiz, die Stereotypen aufzubrechen, mit denen er seit Jahr und Tag bestimmte Themen abhandelte. Vielleicht würde ich ihm hier und da sogar etwas Neues entlocken können. Schmidt blieb bis zum Schluss auf der Hut. Wenn er sich gelegentlich dazu verleiten ließ, von seinen üblichen Argumentationsmustern abzuweichen, überkam ihn schnell das Gefühl, zu viel von sich preiszugeben. Dann brach er ab und griff zu dem Satz, den er für solche Fälle immer parat hatte: »Das ist mir alles viel zu privat.«

Bücher zu veröffentlichen war für Helmut Schmidt seit vielen Jahren zu einem Lebenselixier geworden. 2008 hatte er im Alter von neunzig Jahren mit *Außer Dienst* eines der erfolgreichsten politischen Bücher in Deutschland vorgelegt. Seither war Jahr für Jahr entweder ein Gesprächsband oder ein Sammelwerk erschienen, und jedes Mal steckte er viel Kraft und Sorgfalt in die Vorbereitung. Kaum war im Frühjahr 2015 sein Nocturne *Was ich noch sagen wollte* erschienen, fragte er, was man denn als Nächstes in Angriff nehmen könnte. Zu konkreten Verabredungen reichte es nicht mehr. So wurde die Biographie der späten Jahre, die er mir übertragen hatte, in gewisser Weise zu seinem letzten Projekt. Wann das Buch denn erscheinen soll, wollte er wissen. Zeitnah zum Tod – so stehe es im Verlagsvertrag, sagte ich –, spätestens jedoch zum 100. Geburtstag. Da grinste er schelmisch: »Es könnte sein, dass ich hundert werde.«

Aus Schmidts Privatarchiv zog ich erst einmal schamlos alle Papiere heraus, die sich später möglicherweise in irgendeinem Zusammenhang als nützlich erweisen konnten. Parallel dazu suchte ich gezielt in anderen Archiven – umfassend in den Nachlässen Bucerus

und Dönhoff – und arbeitete mich durch die Literatur, die wissenschaftliche ebenso wie die Memoirenliteratur. Die Recherchen und das Schreiben des Textes hatte ich von Anfang an parallel organisiert: Sobald ich das Quellenmaterial für ein geplantes Kapitel einigermaßen vollständig erschlossen hatte, begann ich zu schreiben. Auf diese Weise entging ich zum einen der Gefahr, irgendwann im Material zu ertrinken, und konnte zum anderen die Fragestellung für die jeweils nächsten Kapitel fortwährend präzisieren und aktualisieren. Die Gespräche mit Schmidt verstand ich als ein nützliches Regulativ dieses Arbeitsprozesses. Machte ich ihn darauf aufmerksam, dass seine Interpretation eines Vorgangs allzu sehr von dem abwich, was sich aus den Quellen ergab, ermahnte er mich, es mit dem Grundsatz *quod non est in actis non est in mundo* nicht zu übertreiben, schließlich sei er im Unterschied zu mir meistens dabei gewesen.

Helmut Schmidt hatte mir exklusiven Zugang zu seinen sämtlichen Archivalien gewährt; ich durfte sehen, was ich sehen wollte, konnte alles kopieren und war keinen Auflagen unterworfen. Das Vertrauen, das er mir auf diese Weise zum Ausdruck brachte, wollte ich rechtfertigen – ohne dabei meine Unabhängigkeit als Autor aufs Spiel zu setzen. »Machen Sie ihn bloß nicht zu einem Heiligen«, hatte mir eine seiner Verehrerinnen als guten Rat mit auf den Weg gegeben. Im Verlauf der Arbeit verschob sich jedoch das Legitimationsproblem. Immer öfter stand ich vor der Frage: Wie kritisch durfte ich eigentlich sein? Schmidt hatte stets Wert gelegt auf Gründlichkeit und ein hohes Maß an Objektivität, und er vertrug die Wahrheit. Dennoch wurde mir irgendwann klar, dass die Veröffentlichung meines Buches sein Verhältnis zu mir zweifellos beschädigen und ich nichts dagegen würde unternehmen können. Die Vorstellung, den Mann, den ich verehrte, zu verletzen, belastete mich.

Als Helmut Schmidt am 10. November 2015 starb – fast auf den Tag genau ein Jahr nach unserer Verabredung –, wusste ich, dass die Verantwortung für das Buch von jetzt an ausschließlich bei mir lag. Wer keine Rücksicht zu nehmen braucht, hat auch keine Ausrede mehr. Ich hatte nicht wirklich damit gerechnet, dass Schmidt das Erscheinen meiner Biographie erleben würde, mir aber auch keine

Gedanken darüber gemacht, welche konkreten Auswirkungen sein Tod auf den Schreibprozess haben könnte. Als ich eine Woche nach der Trauerfeier im Hamburger Michel wieder in Langenhorn saß, wurde mir klar, dass ich von nun an auf mich allein gestellt war. Dabei machte ich eine merkwürdige Beobachtung: Weil ich am Nachmittag nicht mehr durch den Garten einfach rübergehen und ihn noch einmal befragen konnte, las ich gleichsam für ihn mit, so jedenfalls schien es mir, und diese Vorstellung wirkte auf mich befreiend. Als ich Anfang Dezember mit dem Schreiben von Teil II begann, ging mir manches leichter von der Hand.

Zum Schluss zwei Bemerkungen zur Auswahl des Materials und zur Komposition des Stoffes. Helmut Schmidt hat sich gleich zu Beginn seiner politischen Laufbahn ein Archiv angelegt und die Akten über all die Jahre stets sorgfältig geführt. Dabei wurden vier Überlieferungsreihen unterschieden: private Korrespondenz (ab 1983 etwa zehn bis 15 Ordner pro Jahr), eigene Arbeiten (Aufsätze, Reden, Interviews), Reiseordner sowie die Ordner Pressecho. Ab 1983 kamen neue Ordnerreihen hinzu, insbesondere interne und externe Korrespondenz der Wochenzeitung *Die Zeit*, deren Herausgeber Schmidt war, Korrespondenzen diverser Stiftungen sowie die Ordner und Behälter mit den Vorarbeiten und Manuskripten seiner Bücher. Am Ende meiner Arbeit hatte ich rund fünfhundert Aktenordner systematisch durchforstet, das sind vierzig laufende Meter, die Hälfte davon private Korrespondenz der Jahre 1982 bis 2015.

Ich konzentrierte mich auf das Naheliegende und fragte erst einmal, was hat Helmut Schmidt in den letzten 33 Jahren seines Lebens eigentlich gemacht, womit hat er sich beschäftigt. Er verwaltete sein politisches Erbe, pflegte die alten Freundschaften, übernahm neue Verpflichtungen. Vor allem aber wurde er mit zunehmendem Alter zu einem der beliebtesten und populärsten Deutschen. Hier setzte meine zweite Frage an: Wie kam dieser späte Ruhm zustande? Je länger die Kanzlerjahre zurücklagen, desto mehr wuchs Schmidt die Rolle des politischen Vorbilds zu. Je gleichgültiger vielen Deutschen die aktuelle Politik zu werden schien, desto mehr bediente er ihre heimliche Sehnsucht nach Führung. Dieses Paradox inter-

essierte mich. Es lief auf die Frage hinaus, wie es Helmut Schmidt gelang, von der Mehrheit seiner Landsleute am Ende so gesehen zu werden, wie er gesehen werden wollte.

Das vorliegende Buch ist nicht strikt chronologisch aufgebaut. Vielmehr sind die Kapitel nach thematischen Schwerpunkten geordnet, die Vor- und Rückgriffe nötig machen. Die Fragen, die Schmidt in einer bestimmten Phase am meisten beschäftigten und für ihn Priorität hatten, bestimmen den Rhythmus des Ganzen. Entscheidend bei der Auswahl und Ordnung des Materials war aber auch die Relevanz eines Themas. So nehmen etwa Schmidts Auslandskontakte (insbesondere in die USA) oder das Eurothema in der Darstellung sehr viel weniger Raum ein, als es ihrer durchgängigen Bedeutung für Schmidt entspricht. Die Zeit ist über vieles hinweggegangen. Andere Probleme – etwa die Frage der Zuwanderung oder die Forderung nach einem EU-Beitritt der Türkei, das Prinzip der Nichteinmischung oder das Verhältnis zu Russland – sind so aktuell, dass es auch politisch lohnend erscheint, sich mit Schmidts Argumenten noch einmal auseinanderzusetzen.

Das erklärte Ziel dieser Arbeit war es, die Biographie Helmut Schmidts um die 33 Jahre seit seinem Ausscheiden aus dem Amt zu vervollständigen. Es sollte eine zuverlässige, auch wissenschaftlichen Anforderungen genügende Grundlage geschaffen werden für die weitere Beschäftigung mit dem Mann ohne Amt. Noch ist es zu früh, ein verlässliches Urteil darüber zu treffen, welche Bedeutung diesen letzten Jahren, die immerhin ein Drittel seines Lebens umfassen, einmal zukommen wird. Bei einer künftigen Bewertung der historischen Leistung des fünften deutschen Bundeskanzlers dürften sie allein deshalb eine gewisse Rolle spielen, weil es keinen anderen Kanzler gegeben hat, der nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik eine neue Karriere »außer Dienst« aufbauen konnte. *Außer Dienst* nannte Schmidt, nicht ohne Ironie, sein politisches Vermächtnis. Einen anderen als ihn konnten sich die meisten Deutschen in dieser Rolle gar nicht vorstellen. Warum das so war und warum es vorerst wohl auch keinen in dieser Rolle mehr geben wird – davon erzählt dieses Buch.

TEIL I
Jahre der Zurückhaltung
(1982–1990)

I

Inszenierung eines Verrats

Der 1. Oktober 1982 war ein Freitag, ein schwarzer Freitag – nicht nur für die deutsche Sozialdemokratie. Millionen, für die an diesem Tag die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Institutionen auf dem Spiel stand, verfolgten an den Bildschirmen die Debatte im Deutschen Bundestag, die am späten Vormittag mit einer Erklärung des Bundeskanzlers begann. Der Bundestag möge beschließen, so der einzige Tagesordnungspunkt, dem ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP zugrunde lag, Helmut Schmidt als Kanzler der sozialliberalen Koalition das Misstrauen auszusprechen und den Abgeordneten Dr. Helmut Kohl zu seinem Nachfolger zu wählen.

In Bonn galt es seit Wochen als ein offenes Geheimnis, dass der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, beabsichtigte, den Partner zu wechseln. Aber wie wollte er seine Partei davon überzeugen, dass das Wendemanöver richtig war, und vor allem: Wie wollte er verhindern, hinterher als derjenige dazustehen, der dem Kanzler das Messer in den Rücken gestoßen hatte? An einem »Königsmord« werde er sich nicht beteiligen, sagte FDP-Innenminister Gerhart Baum am 2. September im *Stern*, und diese Haltung teilten viele Liberale, nicht nur am linken Flügel. Zwei Wochen später warnte Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag vor »Machenschaften«, die geeignet seien, das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland zu beschädigen.¹ Das mit Bedacht gewählte Wort von den »Machenschaften«, das unausgesprochen auch den »Verrat« implizierte, entfaltete die beabsichtigte Wirkung. Von diesem Tag an, notierte Regierungssprecher Klaus Bölling kühl, saß Genscher »in einem Glaskäfig«.²

Den September über spielten die Partei- und Fraktionsführungen der vier im Bundestag vertretenen Parteien verschiedene Szenarien durch, die nur einem Zweck dienten: dem Wähler die Rolle der eigenen Partei bei dem anstehenden Wechsel plausibel zu machen und sich eine möglichst günstige Ausgangsposition für Neuwahlen zu sichern. Das geringste Risiko lag bei der CDU. Deren Vorsitzender konnte es zwar kaum erwarten, die amtierende Koalition abzulösen, aber Druck ausüben konnte er nicht, schon gar nicht auf die FDP, die er brauchte, um endlich auf die Regierungsbank zu kommen. Unabhängig davon, wie belastbar ihre Beziehung gewesen sein mag und wie eng sie sich in den entscheidenden Septembertagen abgestimmt haben: Sehr viel mehr als die Bereitschaft, bedingungslos mit der FDP zu koalieren, und die Zusage, dass Genscher das Auswärtige Amt behalten dürfe, konnte Kohl dem Duzfreund nicht anbieten. »Im Übrigen musst du wissen, dass du nicht ohne Netz turnst« – mit dieser kecken Aufmunterung hatte er sich von Genscher in die parlamentarische Sommerpause verabschiedet.³ Viel war das nicht.

Genscher wollte den Sprung nur dann wagen, wenn er absolut sicher sein konnte, die Mehrheit der FDP-Fraktion auf seiner Seite zu haben. Dort aber grummelte es vernehmlich. Die Partei hatte bei den Bundestagswahlen im Oktober 1980 dank einer klaren Koalitionsaussage – »wer FDP wählt, garantiert, dass Schmidt Bundeskanzler bleibt«⁴ – deutliche Zugewinne erzielt und war mit 53 (statt bisher 39) Listenabgeordneten im Parlament vertreten. Der fliegende Wechsel mitten in der Legislaturperiode – davon war ein Großteil der Liberalen überzeugt – werde die Glaubwürdigkeit ihrer Partei nachhaltig erschüttern und sich verheerend auf das Abschneiden der FDP bei möglichen vorgezogenen Neuwahlen auswirken. Es war nicht unrealistisch anzunehmen, dass die FDP den Wiedereinzug ins Parlament verpasste. Die Frage, wann Genscher springen würde, hing deshalb entscheidend davon ab, dass zwischen dem Bruch der Koalition und einem Wahltermin möglichst viel Zeit verging. Der Wähler hat ein kurzes Gedächtnis.

Bevor sich Genscher mit Kohl auf einen Termin für Neuwahlen verständigen konnte, musste die amtierende Regierung erst einmal

aus dem Amt gehievt werden. Helmut Schmidt machte keine Anstalten aufzugeben. Genschers Kalkül, ihn hinzuhalten und so allmählich »weichklopfen«⁵ zu können, zeugte von geringer Menschenkenntnis und bewirkte beim Kanzler das genaue Gegenteil. Entweder ließen sich die sachlichen Differenzen mit den Liberalen überbrücken, so Schmidts Haltung noch zu Beginn der zweiten Septemberwoche, oder aber er werde dafür sorgen, dass sie vor dem Wahlvolk – und vor der deutschen Geschichte – die alleinige Verantwortung für den Koalitionsbruch trugen. Nicht er, der Kanzler, sollte am Ende nackt dastehen, sondern diejenigen, die ihn aus dem Amt vertrieben hatten. Am 15. September rang sich Schmidt endgültig zu der Erkenntnis durch, dass die Koalition nicht mehr zu retten war, und nahm das Heft des Handelns in die Hand.

Über Monate hatten Genscher und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Kanzler mit gezielten Nadelstichen zu reizen gesucht; von Schmidt wiederholt zur Rede gestellt, beteuerte Genscher ein ums andere Mal, an der Koalition festhalten zu wollen. Nachdem der Bundeskanzler seinen Wirtschaftsminister bereits Anfang Mai schriftlich hatte ermahnen müssen, sich mit öffentlicher Kritik am Koalitionspartner zurückzuhalten – arbeitsmarktpolitische Überlegungen der SPD waren von Lambsdorff in einem Interview als »Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge« bezeichnet worden⁶ –, legte dieser zu Beginn der neuen Sitzungsperiode nach. Unter Hinweis auf rapide sich verschlechternde Wirtschaftsdaten und anwachsende Staatsschulden wiederholte Lambsdorff, wiederum öffentlich, seine Forderung nach notwendigen Umschichtungen im Haushalt, weg von der konsumptiven, hin zu einer investiven Ausgabenpolitik. Vorschläge aus den Reihen der SPD, zur Finanzierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen eine befristete Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen einzuführen, konterkarierte der Wirtschaftsminister mit dem Ruf nach Steuererleichterungen für Unternehmer und harten Einschnitten in die sozialen Netze.

Am 30. August erinnerte Schmidt den Minister erneut an die Kabinettsdisziplin und legte ihm nahe, seine Vorschläge, wie sich die Konjunktur ohne weitere Kreditaufnahme des Staates ankurbeln

lasse, doch einmal zu Papier zu bringen. Das von Lambsdorff zehn Tage später vorgelegte »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« gilt seither als Scheidungsdokument der sozialliberalen Koalition. Als solches war es jedenfalls angelegt, hatte Lambsdorff seine wichtigsten Thesen doch breit streuen und in der *Zeit* vom 10. September unter der Überschrift »Manifest der Sezession« veröffentlichen lassen, bevor das 34-seitige Memorandum am Abend im Bundeskanzleramt eintraf.

In der Parteispitze der Liberalen hielt man die durch Lambsdorff forcierte Zuspitzung für einen taktischen Fehler. Genscher und der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick, der in diesen Wochen unermüdlich für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten warb, hatten ihn vergeblich zurückzuhalten versucht. Am 26. September standen Landtagswahlen in Hessen an, und Genscher wollte mit allen Mitteln verhindern, dass es vor diesem Datum zum Bruch kam; auch die Wahlen in Bayern am 10. Oktober wollte er unbedingt noch hinter sich bringen. Die Zuverlässigkeit der FDP in Bonn durfte nicht zum beherrschenden Wahlkampfthema werden, wenn die Partei nicht Gefahr laufen wollte, in beiden Länderparlamenten an der Fünfprozenthürde zu scheitern.

Während Mischnick die Bedeutung des Lambsdorff-Memorandums herunterzuspielen suchte – es handele sich um einen Entwurf aus dem Wirtschaftsministerium, der am Kabinettstisch zu diskutieren sei, nicht um ein FDP-Positionspapier –, ließ Finanzminister Manfred Lahnstein in seinem Ressort den Wunschkatalog des Grafen analysieren. Das Papier spiegele »die klassische bürgerliche Nationalökonomie zur Bewahrung der gesellschaftlichen Privilegien«, fasste Lahnstein zwei Tage später zusammen. »Das Wort Solidarität kommt nicht ein einziges Mal vor.«⁷

Schmidt war nicht gewillt, sich mit dem widerspenstigen Minister auf ein Klein-Klein einzulassen. Wenn es die FDP-Spitze schon auf den Bruch anlegte, durfte man ihr aus Sicht des Kanzlers keinesfalls die Chance einräumen zu behaupten, die Gegensätze zu den Sozialdemokraten in der Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungs-

politik seien unüberwindlich geworden. Schmidt stand das Schicksal des letzten sozialdemokratischen Reichskanzlers der Weimarer Republik, Hermann Müller, vor Augen, der im März 1930 zurückgetreten war, weil die SPD einer vom Koalitionspartner Deutsche Volkspartei geforderten Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um einen Viertelprozentpunkt nicht zustimmen wollte. Das Scheitern der Regierung Müller, der letzten demokratisch legitimierten Regierung des Deutschen Reiches, wurde seither der SPD angelastet, der nach Ansicht mancher Historiker dadurch auch eine Mitschuld am Untergang von Weimar zukam. Tatsächlich hatte die Deutsche Volkspartei zielstrebig darauf hingearbeitet, die Sozialdemokraten von der Regierungsbank zu entfernen, und es verstanden, ihnen am Ende auch noch den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Am 9. September gab Schmidt im Deutschen Bundestag eine Erklärung zur Lage der Nation ab. Die Debatte zog sich bis in den späten Nachmittag; anschließend fuhr Schmidt in die Parlamentarische Gesellschaft, um ein Buch vorzustellen, an dessen Entstehung Ende der vierziger Jahre er regen Anteil genommen hatte: *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930*. Mit der Autorin Helga Timm war er seither befreundet, und so übernahm Schmidt gern die Präsentation der Neuauflage ihrer 1952 erstmals erschienenen Dissertation. Einige Gäste an diesem Abend seien sicherlich gekommen, sagte Schmidt zu Beginn seiner kleinen Rede, »um aus meinen Ausführungen Fingerzeige für die nächsten Tage, Wochen, Monate oder Jahre zu erhalten«. Er müsse diese Gäste enttäuschen: Geschichte wiederhole sich nun einmal nicht. Sehr wohl interessiere ihn hingegen die Frage, die auch die Autorin am Ende ihrer Einleitung aufwerfe: wie sich die politischen und sozialen Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise meistern ließen.⁸

Im Anschluss an die Veranstaltung saß Schmidt mit Helga Timm, dem Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher und dem SPD-Abgeordneten Norbert Gansel zusammen. Im vertrauten Kreis sprach man jetzt sehr wohl über die Parallelen zum Jahr 1930, und Schmidt machte klar, dass er alles unternehmen werde, damit den

Sozialdemokraten nicht noch einmal die Schuld für den Bruch einer Koalition zugewiesen werde.⁹ Auch im »Kleeblatt« – der Runde seiner engsten Berater, bestehend aus Kanzleramtschef Gerhard Konow, Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski und Regierungssprecher Klaus Bölling – kam Schmidt in diesen Tagen zweimal auf den Sturz Hermann Müllers zu sprechen. Rücktritt eines sozialdemokratischen Kanzlers aus nichtigem Anlass: Das dürfe sich auf keinen Fall wiederholen.¹⁰

Dass Schmidt das Jahr 1930 zum Vergleich heranzog, machte deutlich, wie fest und sicher er in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie stand. In Karl Dietrich Brachers Meisterwerk *Die Auflösung der Weimarer Republik* – das Schmidt noch im Jahr seines Erscheinens 1955 verschlungen hatte und das bei ihm einen tiefen Eindruck hinterließ – war die eigentliche Ursache für das Ende der Regierung Müller nachzulesen. Sie stürzte, heißt es dort, wegen »des problematischen Funktionsverhältnisses zwischen ... Taktik und Strategie der Parteipolitik auf der einen, der Regierungspolitik auf der anderen Seite«.¹¹ Das Gleiche drohte jetzt wieder: dass durch das Lavieren der »Wackelpartei« (Schmidt) die Regierungsarbeit gänzlich zum Erliegen gebracht wurde. Das Ende von Weimar beschäftigte Schmidt bis ins hohe Alter; die Regierung Müller, bilanzierte er 2010 im Gespräch mit dem Historiker Fritz Stern, habe sich »in die Büsche geschlagen. Ich würde das Ganze nicht als Schuld ansehen wollen, sondern als Tragödie.«¹²

Sich in die Büsche zu schlagen kam gar nicht infrage. Schmidt musste einen Weg finden, um Lambsdorffs Versuche, ihn über Haushaltsdetails stolpern zu lassen, zu unterlaufen und gleichzeitig einen Keil zwischen Union und Wende-Liberale zu treiben. Die Lösung war ein Angebot auf Neuwahlen. Damit würde der schwelende Konflikt mit dem Koalitionspartner aus den Niederungen der Parteipolitik gewissermaßen auf eine höhere Ebene gehoben, die des Wählers als Souverän. Am Wochenende vom 4./5. September hatte Schmidt zu Hause in Hamburg-Langenhorn seine Rede zur Lage der Nation am 9. September überarbeitet und dabei im letzten Drittel einen längeren Passus eingefügt, in dem er den Oppositionsführer zu

einem konstruktiven Misstrauensvotum nach Artikel 67 GG mit anschließenden Neuwahlen aufforderte.

Am Freitag zuvor hatte Helmut Kohl in einem Interview in der *Westfälischen Rundschau* einen mit Blick auf die FDP schweren taktischen Fehler begangen. Die CDU sei bereit, hatte Kohl gesagt, eine geschäftsführende Minderheitsregierung Schmidt zu tolerieren, falls es zu einer verbindlichen Absprache über vorgezogene Wahlen käme. Möglicherweise war es die Ungeduld, die Kohl zu dieser nicht zu Ende gedachten Äußerung verleitete, möglicherweise stand er allzu stark unter dem Eindruck seiner letzten Wanderung mit Franz Josef Strauß. Neuwahlen, so hatte ihm dieser am 31. August in den Bergen über Kufstein erklärt, müssten so schnell wie möglich abgehalten werden. Die Union werde umso besser abschneiden, je lebendiger dem Wähler das Debakel der sozialliberalen Koalition noch vor Augen stehe. Die Freien Demokraten hoffte Strauß bei dieser Gelegenheit gleich ganz loszuwerden, waren sie in seinen Augen doch mitverantwortlich für seine Niederlage gegen Helmut Schmidt bei der Bundestagswahl 1980, als sie ja nicht nur *für* Schmidt, sondern auch *gegen* Strauß angetreten waren. Für Genscher wurde es jetzt eng.

Wie stark Schmidt die Reihen von CDU/CSU und Wende-Liberalen mit seinem Vorstoß für Neuwahlen durcheinanderbrachte, lässt sich im Protokoll der Bundestagssitzung vom 9. September nachlesen. Nachdem er bereits länger als eine Stunde gesprochen hatte, ging Schmidt die Opposition direkt an: »Auf der einen Seite ist es Ihre Taktik, überall zu vermeiden, zu sagen, was Sie wirklich wollen; auf der anderen Seite – (Zuruf von der CDU/CSU: Neuwahlen!) – Ja, Sie wollen ran, das habe ich verstanden. Aber was Sie dann machen wollen, wissen Sie nicht! (Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei der FDP – Dr. Kohl [CDU/CSU]: *Sie* wollen doch Neuwahlen!).«¹³ In den Reihen der Opposition herrschte offensichtlich vollkommene Verwirrung darüber, ob man Neuwahlen wollen oder nicht wollen sollte.

»Der Bundeskanzler weiß, dass man reisende Leute nicht aufhalten soll«, beendete Schmidt diesen Teil seiner Rede, unmissver-

ständig an die Adresse der Freien Demokraten um Genscher und Lambsdorff gerichtet. Aber, so der Kanzler am Ende feierlich und fest, »wenn eine geschichtliche Epoche in der Entwicklung unseres Staats abgebrochen werden soll, dann bitte mit offenem Visier und mit einem klaren Willensentscheid derjenigen, die das wollen, mit einer Begründung, die vor der Geschichte unseres Staats Bestand hat, und nicht mit nebensächlichen, kunstvollen Argumenten.«¹⁴ Während die Abgeordneten der SPD stehend und lang anhaltend applaudierten, ging der Parteivorsitzende Willy Brandt zur Regierungsbank, um Schmidt die Hand zu drücken. Dem Kanzler, das konnte man in diesem Moment bis in die Reihen der Opposition hinein spüren, war ein Befreiungsschlag gelungen. Er hatte nicht nur die FDP in die Ecke manövriert, er hatte auch genau den Ton getroffen, den seine eigene Partei nach Wochen der Verunsicherung und Lähmung dringend benötigte.

Die Aufforderung zu einem konstruktiven Misstrauensvotum war nur der Form halber an den Oppositionsführer Kohl gerichtet – der darauf erwartungsgemäß nicht einging –, in Wirklichkeit galt sie dem Vizekanzler. Aber Genscher war noch nicht so weit. Linksliberale um Gerhart Baum, Burkhard Hirsch und Günter Verheugen, aber auch starke Frauen wie die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Hildegard Hamm-Brücher, Ingrid Matthäus-Maier und Liselotte Funcke, die mangelnden Anstand beklagten, stellten sich quer und machten gehörig Druck. Das Risiko, dass zu viele Abgeordnete der FDP sich in geheimer Abstimmung seinem Wendemanöver verweigern würden, war für Genscher nach wie vor unkalculierbar groß.

Am 17. September, acht Tage nach seiner Rede zur Lage der Nation, ging Schmidt im Deutschen Bundestag in die Offensive. Er wolle »nicht länger zusehen, wie die Handlungsfähigkeit und das Ansehen der Bundesregierung stetig beschädigt werden«; es werde ihm wohl »niemand verdenken, dass ich auch mich selbst nicht demontieren lassen möchte«. Er erinnerte Helmut Kohl an sein Interview und machte daran anknüpfend einen neuen Vorschlag zur unverzüglichen Herbeiführung von Neuwahlen. Neuwahlen ließen

sich nach der Verfassung nicht nur über den Artikel 67, das konstruktive Misstrauensvotum, sondern auch über Artikel 68, die Vertrauensfrage, in die Wege leiten. Das allerdings war kompliziert, setzte verbindliche Vereinbarungen zwischen den Fraktionen voraus und galt unter Staatsrechtlern als umstritten. Die Vertrauensfrage nach vorheriger Absprache unter den Parteivorsitzenden mit dem Ziel der Ablehnung zu stellen, bedeute »die völlige Verkehrung des Art. 68 GG«, mahnte der spätere Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde den Kanzler. »Greift dies Platz, so erhält der Art. 68 GG – verfassungswidrig – die Funktion, der jeweils regierenden Koalition bzw. Mehrheit die Festlegung des Wahltermins nach eigenem Geschmack zu ermöglichen.«¹⁵

Schmidt verwies darauf, dass bereits Willy Brandt nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen ihn 1972 dieses Verfahren gewählt hatte, »um den Wähler als den eigentlichen Souverän entscheiden zu lassen«.¹⁶ Diese Position vertrat Schmidt auch im Bundestag. Dort hatte er in der Woche zuvor auf die Zwischenrufe aus den Reihen der CDU reagiert und den entscheidenden Punkt hervorgehoben: Ein Neuanfang bedürfe nicht nur der Legalität des Grundgesetzes, sondern mehr noch der »geschichtlichen Legitimität«, die nur durch Neuwahlen hergestellt werden könne. Die SPD, so führte er am 17. September aus, befinde sich zwar »gegenwärtig in einem handfesten politischen Tief« und werde bei Wahlen »wahrscheinlich Federn lassen müssen«. Aber »uns Sozialdemokraten sind Ansehen und Festigkeit der Demokratie wichtiger als taktische Vorteile zugunsten der eigenen Partei«. Verlässlichkeit, auch »Verlässlichkeit für unsere Partner im Bündnis und unsere Nachbarn in West und Ost ... hängt in erster Linie von der Glaubwürdigkeit unseres demokratisch-parlamentarischen Systems ab«.

Die Zustimmung, die Schmidt nach dieser Rede quer durch die Republik und über alle Parteigrenzen hinweg entgegenschlug, war überwältigend. Rainer Barzel, der zwei Wochen später im Namen der Unionsparteien den Antrag zum konstruktiven Misstrauensvotum begründen musste, beglückwünschte ihn noch an der Regierungsbank, wenig später telefonisch auch Bundespräsident Carstens,

der sich allerdings skeptisch zeigte, dass Schmidt mit seinem Appell für Neuwahlen durchdringen werde.¹⁷ »Ein großer Tag fürs Parlament«, gratulierte Marion Dönhoff: »Kein wehmütiger Abschied eines von den eigenen Bataillonen desavouierten Chefs, sondern die Demonstration eines Führungsstils, den alle miteinander noch schmerzlich entbehren werden.«¹⁸ Rudolf Augstein, der im *Spiegel* vom 6. September die Parole ausgegeben hatte: »Kanzler, halte durch!«, munitionierte Schmidt noch am Vorabend der Rede telefonisch: »Sie machen absolut einen Fehler, wenn Sie den Grafen tun lassen, was er will.«¹⁹ Selbst einige derjenigen, die in der Antiatomkraft- und Friedensbewegung in vorderster Linie gegen Schmidt kämpften, bekundeten ihm ihre Anerkennung: »Dank für und Glückwunsch zu Ihrer Rede. Annemarie und Heinrich Böll.«²⁰

Helmut Schmidt strahlte an diesem Tag innere Ruhe und eine große Gelassenheit aus. Selbst Helmut Kohl, den er am Vorabend kurzfristig zu einer Unterredung ins Kanzleramt gebeten hatte, räumte ein, dass Schmidt »unerwartet freundlich« gewesen sei, »aufgeschlossen und zuvorkommend wie nie zuvor.«²¹ Was Schmidt mit diesem etwa einstündigen Gespräch bezweckte, lässt sich nur anhand dessen rekonstruieren, was Kohl am nächsten Tag vor der CDU/CSU-Fraktion darüber berichtet hat. Nachdem noch einmal die beiden möglichen Wege zu Neuwahlen diskutiert worden seien, habe der Kanzler ein düsteres Krisenszenario entwickelt. Man befinde sich in einer schwierigen weltpolitischen Lage, die möglicherweise auf eine Weltwirtschaftskrise hinauslaufe; umso dringender benötige das Land eine entschlossene, handlungsfähige Regierung. Schmidt wollte seinem präsumtiven Nachfolger damit zweifellos das Ausmaß der Verantwortung vor Augen führen, das auf ihn zukäme, ihm Respekt vor den Aufgaben des Amtes einflößen, vielleicht auch ein bisschen Angst einjagen. Den selbstbewussten Pfälzer konnte das nicht anfechten. Schmidt habe ihm zu verstehen geben wollen, so interpretierte er das Gespräch in seinen Erinnerungen mit der ihm eigenen Selbstsicherheit, dass es an der Zeit sei, »bewährten Kräften die Bewältigung der großen Probleme zu überlassen.«²²

Nachdem er Kohl verabschiedet hatte, setzte sich Schmidt gegen 20.30 Uhr mit Konow, Wischniewski und Bölling zusammen, um letzte Hand an die Rede zu legen. Als der Text kurz vor 3.00 Uhr am Morgen endlich stand, sagte Schmidt: »Jetzt bin ich richtig lustig.«²³ Lustig sei vielleicht nicht ganz der passende Ausdruck, meinte Bölling und hatte natürlich recht. Wenn der Chef Gefühle ausdrücken wollte, griff er bisweilen zu recht merkwürdigen Wendungen. Dass Schmidt in diesem emotionalen Moment, in dem eine solche Last von ihm abfiel, seine Stimmung als lustig bezeichnete, unterstrich, dass er endgültig abgeschlossen hatte.

Einen gelösten, geradezu heiteren und ungewöhnlich liebenswürdigen Kanzler erlebte am nächsten Morgen auch Graf Lambsdorff. Der Termin um 9.15 Uhr im Kanzleramt, der bereits seit längerem vereinbart war, passte eigentlich nicht mehr in Schmidts Konzept. Dennoch hielt er daran fest und brachte gleich zu Beginn des Gespräches »die persönliche Wertschätzung zum Ausdruck ... die er immer gegenüber Graf Lambsdorff gehabt habe und die er auch heute noch habe«. In seiner für 11.30 Uhr anberaumten Rede vor dem Bundestag werde er die FDP nicht schonen, aber insbesondere deren Vorsitzenden heftig angehen. Dann nahm sich Schmidt einzelne Punkte des Lambsdorff-Papiers vor. »Nachdem die Würfel gefallen seien«, meinte der Minister, habe es wohl »keinen Zweck, darüber lange zu streiten.« Das Gespräch, das in angenehmer Atmosphäre stattfand, dauerte etwa 45 Minuten.²⁴ »Ich bin noch Minister«, beschied Lambsdorff die wartenden Journalisten demonstrativ frohgemut, als er nach einer Dreiviertelstunde das Bundeskanzleramt verließ.²⁵

Schmidt fuhr ins Bundeshaus, wo für 10.15 Uhr eine Sondersitzung der Fraktion einberufen war. Für 10.30 Uhr hatte er Genscher und Mischnick in sein Abgeordnetenbüro bestellt, um sie darüber zu informieren, dass er sich zur Beendigung der Koalition entschlossen habe. Er überreichte Genscher den Redetext. Der schaute gar nicht erst hinein, sondern erklärte dem Bundeskanzler den sofortigen Rücktritt der FDP-Minister, um so ihrem Rauswurf aus dem Kabinett zuvorzukommen. Das Ganze dauerte wohl nur zehn Minuten.

Für Schmidt war es eine Geste der Fairness gewesen, den FDP-Vorsitzenden vorab zu unterrichten, jetzt fühlte er sich ein weiteres Mal von ihm düpiert, und noch Jahrzehnte später ärgerte ihn diese Dummheit (in diesem Zusammenhang wies er auch gern darauf hin, dass Genscher nach der Verfassung, wenn überhaupt, nur seinen eigenen Rücktritt hätte erklären können). Genscher hatte blitzschnell die Chance erfasst, mit der Rücktrittserklärung das selbständige Handeln der FDP zu demonstrieren. Allerdings übersah er dabei einen für die FDP höchst unschönen Nebeneffekt. Denn die Tatsache, dass der Außenminister und kurz darauf in der Fraktion auch die drei anderen FDP-Minister ihren Rücktritt erklärten – und sie eben nicht entlassen worden waren –, gab der These vom Verrat der FDP gewaltigen Schub. Betrachtet man das Drehbuch der nächsten Wochen, hatte Genscher an diesem Morgen einen Riesenfehler begangen.²⁶

Fraktion und Vorstand der Freien Demokraten autorisierten Genscher noch am selben Tag, Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen. Aber weil Kohl mit Rücksicht auf den FDP-Vorsitzenden auch jetzt einer Festlegung auf Neuwahlen aus dem Weg ging, setzte sich in der Bevölkerung immer stärker der Verdacht durch, dass tatsächlich, wie die SPD nicht müde wurde zu betonen, ein »kalter Machtwechsel« (Willy Brandt) vollzogen werden sollte.

Unter diesen Vorzeichen ging der Hessen-Wahlkampf in die letzte Woche. Wenige Tage nach den für die FDP katastrophalen Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 6. Juni hatte die hessische FDP eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU für Wiesbaden getroffen. Auf Bundesebene war daraufhin eine Art Stillhalteabkommen zwischen SPD und FDP geschlossen worden, weil beide verhindern wollten, dass der Wahlkampf in Hessen zu einem Plebiszit über die Bonner Koalition wurde. Daran fühlte sich die SPD jetzt nicht mehr gebunden, im Gegenteil, die Sozialdemokraten taten alles, um die Entscheidung in Wiesbaden zu einer Entscheidung über »ihren« Kanzler umzufunktionieren.

Schmidt selbst rührte kräftig mit. Die Hessen müssten den »Schwarzen« und ihren falschen Freunden von der FDP einmal zeigen, »was 'ne Harke ist«, rief er auf der Abschlusskundgebung auf

dem Frankfurter Römerberg am 24. September. »Am Kabinettstisch sitzen und abends mit Kohl kungeln: Das ist die Genscher-FDP, wie sie leibt und lebt.«²⁷ Da schwang zweifellos viel Verbitterung mit. Wenn die Führung der FDP den Wechsel wollte, sollte sie auch den Preis dafür zahlen. Einer wie er räumte das Feld nicht kampflos. Das schuldete er sich selbst, aber auch seiner Partei. Und es zahlte sich aus. Am 26. September 1982 erlebte die FDP in Hessen die bis dahin größte Niederlage ihrer Geschichte: Mit 3,1 Prozent der Stimmen wurde sie mehr als halbiert.

Angesichts des unerwartet guten Abschneidens der Grünen, die mit 8 Prozent – wie zuvor schon in Hamburg – jetzt auch in den Wiesbadener Landtag einzogen, ließ Willy Brandt am Wahlabend in der »Bonner Runde« seinen Blick in die Zukunft schweifen und wiederholte sein Wort von einer denkbaren Mehrheit »diesseits der Union«, was Helmut Kohl zu der Bemerkung verleitete, Brandt wolle »eine andere Republik«. Über das Ende der Regierung Schmidt machte sich jedoch bei aller Euphorie über den Sieg Holger Börners keiner in der SPD mehr Illusionen. Es ging nur noch um die Modalitäten.

Am Sonntag vor der Hessen-Wahl hatte Schmidt über Hans-Jürgen Wischnewski einen direkten Kontakt zu Franz Josef Strauß hergestellt, schien ihm doch »der Gedanke nicht ohne Reiz zu sein, gemeinsam mit dem Bayern die Herren Kohl und Genscher doch noch zu schnellen Neuwahlen zu nötigen«.²⁸ Nach dem für die CDU enttäuschenden Ergebnis in Hessen – Alfred Dregger hatte dort auf eine Alleinregierung spekuliert – begrub Strauß jedoch endgültig alle Hoffnungen, Neuwahlen vor Jahresende würden der Union im Bund die absolute Mehrheit sichern – und ihm selbst den Posten des Außenministers und Vizekanzlers. Parteifreunden, die nach der Hessen-Wahl darauf setzten, dass er doch noch einmal die Initiative für eine Fortsetzung der Koalition ergreifen werde, erteilte Schmidt eine klare Absage. Der Zug war abgefahren, und er selbst wollte »nicht als Geschäftlhuber von der Bühne gehen«.²⁹

Am späten Nachmittag des 30. September nahm der Bundeskanzler im Palais Schaumburg Abschied vom Diplomatischen Korps. Anschließend fuhr er zum Münsterplatz, wo die SPD ihm zu Ehren einen Fackelzug veranstaltete, hinterher saß er noch einige Zeit mit Teilnehmern der Kundgebung zusammen. Am nächsten Morgen stand im Deutschen Bundestag die Drucksache 9/2004, das von CDU/CSU und FDP eingebrachte konstruktive Misstrauensvotum, auf der Tagesordnung. Schmidt hatte sich entschieden, vorher eine Erklärung abzugeben. Die sozialliberale Koalition habe durch die Wählerinnen und Wähler im Oktober 1980 »einen Auftrag für vier weitere Jahre bekommen«, so eröffnete er seine Rede. Seit August letzten Jahres sei jedoch der Vorsitzende der FDP »von der gemeinsamen Verantwortung für Freiheit und sozialen Fortschritt ... zielstrebig und schrittweise« abgerückt; eine Erklärung sei er bis zum heutigen Tage schuldig geblieben. Am letzten Sonntag hätten die hessischen Wähler hierzu ihre Meinung kundgetan, und jedermann wisse: »Die katastrophale Niederlage der FDP in Hessen war die Antwort der Wähler auf das Verhalten der FDP-Führung hier in Bonn.«

Von einer überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger werde die Art, wie hier heute der Wechsel herbeigeführt werden solle, als »Vertrauensbruch« empfunden. Und dann, in Richtung Helmut Kohl: »Ihre Handlungsweise ist zwar legal, aber sie hat keine innere, keine moralische Rechtfertigung.« Es sei von Neuwahlen im nächsten März die Rede, fuhr Schmidt fort; in den Koalitionsvereinbarungen habe er dazu kein einziges Wort finden können, er setze daher »Zweifel in die Aufrichtigkeit dieser Ankündigung«. Schmidt forderte seinen Nachredner Rainer Barzel auf, »heute Morgen für die CDU/CSU dem Bundestag gegenüber und damit dem ganzen Volk gegenüber ohne Wenn und Aber« zu erklären, dass am 6. März gewählt werde. Dann zog er in zwölf Punkten eine Bilanz seiner Regierungstätigkeit.

Er nannte die Politik der guten Nachbarschaft das »Lebensinteresse« der Deutschen, sprach von der Europäischen Gemeinschaft und dem Nordatlantischen Bündnis als den tragenden Pfeilern deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, mahnte an, dass die

Aussöhnung mit den Nachbarn im Osten weiterhin vertieft und die Ostverträge »nicht nur eingehalten, sondern ... auch praktisch angewendet werden« müssten, und bezeichnete »die Erhaltung der Einheit der Nation« als den innersten Kern seiner Deutschlandpolitik. Er kam auf die Rolle der Bundeswehr und die Qualität der Streitkräfte zu sprechen und leitete von dort über zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen, an deren Gelingen Deutschland als Stationierungsland ein »vitales Interesse« habe.

Im letzten Teil seiner Rede widmete sich Schmidt den weltweit wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Seine Regierung habe »zwischen zwei extremen ökonomischen Theorien ... einen mittleren Kurs gewählt. Wir haben weder eine inflationistische Ausweitung des Staatskredits noch eine deflationistische Schrumpfungspolitik betrieben.« Damit seien die Deutschen gut gefahren, sehr viel besser als viele der europäischen Nachbarn. Schmidt vergaß nicht, darauf hinzuweisen, dass verantwortungsvolle Politik gehalten sei, »einen vertretbaren Ausgleich zwischen ökonomischen und Umweltschutzinteressen zustande zu bringen«. Zum Schluss appellierte er an das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit – »Wir Sozialdemokraten warnen vor einer Umverteilung von unten nach oben!« – und bekannte sich zu der offenen Gesellschaft, die sich ihrer Feinde nur erwehren könne, wenn sie an den Grundwerten der Freiheit und Würde unbeirrbar festhalte.

Der Zwölf-Punkte-Katalog war nicht nur eine Art politisches Testament. Schmidt versuchte die eigene Partei über das Ende der Regierung hinaus auf Eckpunkte festzulegen, die parteiintern zum Teil heftig umstritten waren. Wenn die SPD Geschlossenheit zeigte und die Genossen am linken Flügel jetzt nicht anfangen, das Rad neu zu erfinden, hatte die Partei eine reelle Chance, die nächsten Wahlen – wann auch immer sie stattfinden würden – einigermaßen unbeschadet zu überstehen. Die Rede diente mithin auch der Einstimmung auf den Wahlkampf, und die Schlüsselworte lauteten Kontinuität und Berechenbarkeit. »Jedermann darf und jedermann muss mit unserer Stetigkeit rechnen«, lautete der letzte Satz, und er war ebenso an die Nachfolgeregierung gerichtet wie an die eigenen

Leute. »Langanhaltender lebhafter Beifall bei der SPD«, notiert das Bundestagsprotokoll. »Die Abgeordneten der SPD erheben sich – Beifall bei Abgeordneten der FDP.«³⁰

Nach der Begründung des Misstrauensantrags durch den Abgeordneten Barzel, der dem Kanzler vorhielt, was alles er in seiner Rede verschwiegen habe, und Reden von Wehner, Geißler, Mischnick und Brandt gaben die FDP-Abgeordneten Gerhart Baum und Hildegard Hamm-Brücher persönliche Erklärungen ab, in denen sie sich von ihrer Parteiführung distanzierten. »Ich finde, dass beide dies nicht verdient haben, Helmut Schmidt, ohne Wählervotum gestürzt zu werden, und Sie, Helmut Kohl, ohne Wählervotum zur Kanzlerschaft zu gelangen«, sagte Frau Hamm-Brücher. Ein solches Vorgehen beschädige »die moralisch-sittliche Integrität von Machtwechseln«. ³¹ Wie sie dazu komme, den Grundgesetzartikel 67 als unmoralisch zu diskreditieren, empörte sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler und nannte Hamm-Brüchers Einlassung »einen Anschlag auf unsere Verfassung«. ³² Da war sie plötzlich wieder, jene unheilvolle, von gegenseitigen Verdächtigungen vergiftete Luft, die schon einmal, zehn Jahre zuvor, beim gescheiterten Misstrauensvotum gegen Willy Brandt das Hohe Haus verpestet und dem Ansehen des Parlaments auf Jahre geschadet hatte.

In dem nach Geißlers Intervention ausbrechenden allgemeinen Tumult bat Helmut Schmidt noch einmal um das Wort. Wer die Berufung einer Abgeordneten auf ihr Gewissen einen Anschlag auf die Verfassung nenne, bekunde ein solches Maß an »Illiberalität und Intoleranz«, dass sich die FDP schon fragen müsse, ob sie mit Leuten dieser Gesinnung wirklich eine Verbindung eingehen wolle. Es war Helmut Kohl, der mit staatsmännischer Besonnenheit jetzt zu beschwichtigen suchte: »Lassen Sie uns doch nicht in der ganzen Leidenschaft der Stunde das zerstören, was diese Republik in dreißig Jahren auf unserer Verfassung aufgebaut hat!«³³

Der Antrag, Helmut Schmidt abzuwählen und Helmut Kohl zu seinem Nachfolger zu bestimmen, war eingebracht worden, nachdem eine geheime Probeabstimmung der FDP-Fraktion am 28. September eine klare Mehrheit für die Wende-Liberalen erbracht hatte.

Von den 54 Abgeordneten (einschließlich des Berliner Abgeordneten) stimmten 34 für, 18 gegen Genschers Manöver, bei zwei Enthaltungen. In der anschließend in der Unionsfraktion durchgeführten Probeabstimmung wurde der Antrag zu Artikel 67 GG einstimmig angenommen. Kohl blieb dennoch nervös; beim »kleinen Zählappell« am Vorabend der Entscheidung fehlten 27 Abgeordnete, und noch kurz vor Eröffnung des Plenums am Morgen des 1. Oktober mussten sich Mitarbeiter der Fraktion auf die Suche nach Nachzüglern machen. Um 15.12 Uhr verkündete der Bundestagspräsident das Abstimmungsergebnis: 256 Ja-Stimmen, 235 Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen. Mit sieben Stimmen mehr als für die absolute Mehrheit erforderlich, war Helmut Kohl zum sechsten Bundeskanzler gewählt.

Während die Abgeordneten der Union sich erheben und langanhaltenden Beifall spenden – das Protokoll verzeichnet auch Beifall bei der FDP –, geht Helmut Schmidt gemessenen Schrittes von der Regierungsbank zu den Reihen der Opposition, um Kohl zu gratulieren. Wer genau hinschaut, traut seinen Augen nicht: Kohl macht reflexartig, ein wenig unkontrolliert, kurz einen Diener. Eine späte, überfällige Bezeugung des Respekts vor dem Älteren? Wer über die Stunde hinaus in geschichtlichen Zusammenhängen denkt, sieht, dass in diesem Moment ein Generationenwechsel besiegelt und ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen wird.

Schmidt nimmt noch einmal auf der Regierungsbank Platz, begibt sich dann kurz in die Fraktion, wo ihm Herbert Wehner zum Abschied einen Strauß roter Rosen überreicht, und erhält kurz vor vier Uhr in der Villa Hammerschmidt seine Entlassungsurkunde. Bei der Ausstellung der Urkunde solle das Bundespräsidialamt bitte nicht vergessen, hatte Schmidt ein paar Tage zuvor ausrichten lassen, »dass auch der Dank des Vaterlandes draufsteht«. ³⁴ Protokollarisches war ihm immer wichtig.

Nach einer kurzen Ansprache vor der Führung der Bundeswehr – die Verabschiedung von der Truppe lag ihm besonders am Herzen – fährt Schmidt zurück ins Kanzleramt. Sein Arbeitszimmer

ist bereits leer geräumt. Für 18.00 Uhr steht noch ein Interview mit ARD und ZDF im Terminkalender. Um 21.00 Uhr wird ihn die Bundesluftwaffe ein letztes Mal nach Hamburg zurückfliegen. Da ist reichlich Zeit für Nachbetrachtungen in vertrautem Kreis. »Alles in allem haben wir es nicht so schlecht gemacht.«³⁵ Schmidts Bilanz an diesem letzten Abend fällt gewohnt nüchtern aus, unpathetisch.

War das zu wenig? Er hatte seine Pflicht getan nach Maßgabe dessen, was ihm zu tun möglich war. Wie man seine Amtszeit einordne und bewerte, so bekundete er in den folgenden Wochen und Monaten mehrfach, das würden später einmal die Historiker klären. Und er selbst, so muss man hinzufügen, würde 33 Jahre lang tatkräftig an der Auslegung mitwirken. Vielleicht hätte er auf die politischen Verschiebungen, die sich spätestens im Frühjahr 1982 erkennbar abzeichneten und schließlich seinen Sturz herbeiführten, früher reagieren und die Machtfrage stellen müssen, statt dem Koalitionspartner hinterherzulaufen und ständig Disziplin anzumahnen. Erst als ihm Mitte September klar wurde, dass die Führung der FDP gezielt darauf hinarbeitete, ihn zu demontieren, um so ihre Ambitionen auf einen Machtwechsel zu kaschieren, handelte er. Schmidt denke jetzt nur noch an sein Bild in der Geschichte, spottete Kohl damals. War das so falsch? Von den Wende-Liberalen wollte er sich dieses Bild jedenfalls nicht zerkratzen lassen.

Das letzte Foto des Kanzlers, das sich mit seinem Abgang verbindet, zeigt ihn am Montag im Garten der Villa Hammerschmidt. An diesem 4. Oktober, nach der Übergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger, hatte sich Schmidt vom Personal des Kanzleramts verabschiedet, der Personalrat hatte ihm einen großen Blumenstrauß in Klarsichtfolie überreicht, was Kohl sichtlich missfiel. Dann ging Schmidt durch den Garten zum Bungalow, in dem er bis Dezember wohnen blieb. Auf dem Foto, das ihn von hinten zeigt, wirkt er noch ein wenig kleiner, als er war, die rechte Schulter hängend, ein bisschen gebeugt. Der Eindruck eines müden, völlig abgearbeiteten Mannes wird verstärkt durch den Hünen, der links neben ihm geht, Kriminalhauptkommissar Ernst-Otto Heuer. Er trägt in seiner Rechten, lässig nach unten, den Blumenstrauß. Die Körpersprache

von Schmidts langjährigem Leibwächter an die Fotografen, die hinter der großen Scheibe des Kanzleramts ihre Fotos schießen, ist auch von hinten eindeutig: Den lasst ihr jetzt mal in Ruhe.

Mit seiner Rede am 17. September hatte sich Schmidt die Deutungshoheit über das Ende der sozialliberalen Koalition verschafft. Sein Sturz am 1. Oktober wurde so, moralisch gesehen, zu einem persönlichen Triumph. Weil ihm zugleich die Tragödie der Sozialdemokratischen Partei im Frühjahr 1930 vor Augen stand, hatte er dafür gesorgt, dass die SPD den Wendemanövern des Koalitionspartners diesmal standhielt. So konnte auch die SPD erhobenen Hauptes die Bühne verlassen als Partei des Staates, die vergeblich versucht hatte, den Staat vor den Intrigen der anderen Parteien zu schützen. Aber wie lange würde diese Schlusszene Bestand haben? In den nächsten Wochen und Monaten würde die neue Regierung alles tun, um die Scharte auszuwetzen und ihre Version in Umlauf zu bringen, die da lautete: Der Kanzler ist an seiner eigenen Partei gescheitert, die ihm die Gefolgschaft verweigerte. Um sein Erbe zu sichern, musste Schmidt jetzt vor allem verhindern, dass die Sozialdemokraten dieser Version Auftrieb gaben. Da kam einiges auf ihn zu.

Die langen Schatten der SPD

Es sollte fast drei Jahrzehnte dauern, bis Helmut Schmidt mit seiner Partei einigermaßen ausgesöhnt war. Denn natürlich – das war weder dem Koalitionspartner noch der Opposition verborgen geblieben – hatten ihm die Genossen vom linken Flügel immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen. Erst auf der letzten Etappe seiner Kanzlerschaft, als ihnen der Machtverlust unmittelbar drohend vor Augen stand, nahm der innerparteiliche Lärmpegel deutlich ab. Umso heftiger entlud sich der Streit über den richtigen Weg nach dem Regierungswechsel. Jetzt, wo die SPD nach dreizehn Jahren wieder auf den Oppositionsbänken saß und nicht mehr den Zumutungen des Machbaren ausgesetzt war, ließ sich endlich auch wieder über Programmatisches reden. Die Partei verzichte lieber auf Teilhabe an der Regierung, als dass sie »Verletzungen der eigenen hohen politischen Ansprüche« zulasse, bemerkte Egon Bahr einmal: »Das Programm gehört zur Seele der Partei.«¹ Diese Seele hatte in den acht Jahren der Regierung Schmidt schweren Schaden genommen.

Niemand wusste das besser als der Parteivorsitzende Willy Brandt, der während der Regierung Schmidt selbst manche Kränkung erfahren hatte. Spekulationen, Schmidt habe zusammen mit Herbert Wehner im Frühjahr 1974 aktiv auf seinen Sturz hingearbeitet, maß Brandt selbst kein Gewicht bei, auch später nicht, als er Wehner gemeinsame Sache mit Ostberlin unterstellte. Die Ambitionen des ehrgeizigen Hamburgers waren ihm allerdings nicht verborgen geblieben. Schon im Herbst 1965, als Brandt nach der verlorenen Bundestagswahl erklärte, nicht ein drittes Mal als Kandidat antreten zu wollen, hatte sich Schmidt unter allerlei Verrenkungen erkundigt, wie es denn jetzt weitergehe. Einerseits störe ihn »der

mancherorts mir erteilte Vorschusslorbeer erheblich«, andererseits wäre es für ihn hilfreich, zu wissen, auf wen die Rolle des Kanzlerkandidaten »im Laufe der nächsten Jahre nun tatsächlich fallen wird.«² Brandt dankte für die »freundschaftliche Gesinnung«, gab dem strebsamen Hamburger Innensenator, der mit seinem Wechsel zurück in die Bundestagsfraktion seinen Anspruch auch nach außen geltend machte, aber gleich auch eine kleine Warnung mit auf den Weg: »Für Dich wird es sehr darauf ankommen, dass Du Dich nicht übernimmst und vor wichtigen Entscheidungen den Rat guter Freunde hörst ... Über die Schlachtordnung für 1969 sollten wir nicht zu früh entscheiden.«³ Weil die FDP 1966 vorzeitig die Koalition verließ, kam dann alles ganz anders.

Im Laufe der Jahre musste Schmidt wiederholt den Rückzug antreten und in langen Briefen an Brandt darlegen, dass das, was von Dritten oder in der Presse kolportiert wurde, erstens so von ihm nicht gesagt worden und zweitens auch anders gemeint gewesen sei. Anfang März 1974 zog sich Schmidt wieder einmal den Unmut Brandts zu, als er in zwei Fernsehauftritten nach dem desaströsen Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl über mangelnde Geschlossenheit klagte; die erheblichen Stimmverluste seien nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Partei sich zu viel mit sich selbst beschäftige und an ihrem linken Rand immer mehr ausfranse. In einer internen Auswertung der beiden Fernsehauftritte durch sein Büro konnte Schmidt wenige Tage später nachlesen, dass die Zuschauer mehrheitlich der Meinung gewesen seien, der Bundesfinanzminister würde »als Bundeskanzler eine bessere Figur abgeben als Willy Brandt«. Lediglich sein Pfeifenrauchen während der Sendungen habe ihm »wieder zahlreiche massive Proteste beim Publikum eingebracht«.⁴

Auch wenn Schmidt vor einer direkten Herausforderung Brandts zurückscheute, sah er sich doch spätestens seit der zweiten Kabinettsbildung 1972 als derjenige, der gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Wehner zuständig war für die Effizienz der Regierungsarbeit. Aus seiner Sicht ließ Brandt die Dinge allzu sehr schleifen, und darunter litt vor allem er, der Finanzminister, der die durch

Brandts Ankündigungen allseits geweckten Begehrlichkeiten abzuschmettern hatte. Sein letztes alarmierendes Papier über notwendige Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der weltweiten Währungs- und Wirtschaftskrise verschickte er am 3. Mai 1974. Zwei Tage später traf sich in Bad Münstereifel die SPD-Führungsriege zu jener Wochenendklausur, auf der Brandt seinen Rücktritt erklärte; der Fall Guillaume war, so der Brandt-Biograph Peter Merseburger, »bestenfalls der Anlass, nicht aber die Ursache«. ⁵

Das »Papier zu unserer aktuellen ökonomischen Problematik«, hieß es in Schmidts Begleitbrief, sei »gut lesbar (weil ich es selbst geschrieben habe!)«, aber schon für einen größeren Verteiler wie etwa den Parteivorstand ungeeignet, weil »teilweise der Inhalt zu sensitiv« sei; man müsse erst »durch Streichungen eine jugendfreie Volksausgabe daraus machen«. ⁶ Für Schmidt war es inzwischen offenbar selbstverständlich – und der burschikose Stil unterstrich diesen Anspruch –, dass die Zahlenkolonnen des Haushaltsbuches den Regierungskurs bestimmen mussten. Aber Schmidt versuchte nicht nur steuer- und finanzpolitische Fragen in seinem Sinne zu beeinflussen. Auch bei Themen, die nicht unmittelbar sein eigenes Ressort betrafen, machte er gehörig Druck. Allein am Wochenende von Bad Münstereifel überschüttete er Brandt mit vier weiteren Vorgängen, die aus seiner Sicht dringend einer Entscheidung bedurften. Schmidt nahm den Brandt'schen Führungsstil tatsächlich so wahr: Überall brannte es, nur mit der Entschlusskraft des Kanzlers war es nicht weit her. »Mein Freund Willy Brandt scheint auf vielen Feldern Führung eher für etwas Unanständiges, jedenfalls etwas Udemokratisches zu halten. Die Folge aber ist: allgemeine Wirrnis.« ⁷ Führen durch Fragen – dieses Prinzip blieb Schmidt fremd.

Mit Schmidts Wahl zum Bundeskanzler am 16. Mai 1974 waren die Zuständigkeiten geklärt – jedenfalls aus Sicht des neuen Regierungschefs. Er, Schmidt, besorgte jetzt das mühsame Geschäft, und sein wichtigster Ansprechpartner war der Fraktionsvorsitzende, der für Feinabstimmung mit dem Koalitionspartner sorgte und eine störungsfreie Abwicklung im Parlament garantierte. Willy Brandt wurde nur dann einbezogen, wenn durch Regierungsentscheidungen

unmittelbar Interessen der Partei berührt wurden; sobald deren Angelegenheiten im Mittelpunkt standen, etwa bei der Vorbereitung von Parteitag oder Wahlkämpfen, lag die Führung selbstverständlich bei ihm. Diese Arbeitsteilung sorgte nach Schmidts Verständnis für eine sachdienliche Kooperation, und mehr war aus seiner Sicht nicht nötig. Es war der Grundirrtum seiner Kanzlerschaft.

Brandts Geburtstagsbrief Ende Dezember dürfte Schmidt gefreut haben. Der Parteivorsitzende gratulierte ihm nicht nur zu der erfolgreichen Arbeit der ersten Monate im Amt, sondern sicherte ihm auch seine volle Unterstützung zu: »Du kannst davon ausgehen, dass ich Dir im Rahmen meiner Möglichkeiten den Rücken freihalten werde. Im Übrigen ist es eine gegenseitige Ergänzung unserer Arbeit, womit wir der Partei am besten helfen können.«⁸ Hier allerdings dürfte Schmidt hellhörig geworden sein, denn natürlich ging es nicht darum, der Partei zu helfen, sondern den Staat zu regieren.

Brandt war erst einmal froh, nach dem Auszug aus dem Kanzleramt verstärkt eigene Projekte verfolgen zu können. Er arbeitete intensiv für die Sozialistische Internationale, die ihn 1976 zu ihrem Präsidenten wählte und unter deren Dach er den schwierigen Aufbau der sozialistischen Parteien in Portugal und Spanien förderte. Und er übernahm den Vorsitz der unter UN-Patronat stehenden Nord-Süd-Kommission, die strukturelle Probleme der Entwicklungsländer erstmals unter globalen Gesichtspunkten bündelte und analysierte. Das Ansehen, das er sich damit auf der internationalen Bühne verschaffte, half ihm über Zweifel hinweg, ob die Entscheidung von Bad Münstereifel richtig gewesen war. Schon vier Monate nach seinem Rücktritt veröffentlichte Brandt sein erstes Buch, *Über den Tag hinaus*, eine Art Agenda innenpolitischer Themen, von denen er glaubte, dass sie zu kurz gekommen waren, versehen mit ersten Erklärungsversuchen zum vorzeitigen Ende seiner Kanzlerschaft.

Schmidt wiederum war dankbar, dass Brandt im Mai 1974 nicht auch noch den Parteivorsitz hinwarf. Er wusste, er würde mit seiner neuen Aufgabe alle Hände voll zu tun haben, und verspürte schon daher wenig Neigung, auch noch die Pflichten eines SPD-Vorsitzenden zu schultern. Zudem würde Brandt Vorbehalte der

Linken gegen den neuen Kanzler zweifellos erst einmal neutralisieren. »Du kannst die Partei zusammenhalten, ich kann es nicht«, hatte Schmidt in Bad Münstereifel gesagt.⁹ Später wird er nicht müde werden, zu betonen, es sei ein politischer Fehler gewesen, damals nicht auch den Parteivorsitz übernommen zu haben. Aber hätte das Amt überhaupt zu ihm gepasst, wäre es gut gegangen? »Dass Schmidt, wie es die Legende inzwischen will, die SPD leichter auf seinen Kurs gebracht hätte, wäre er auch Parteivorsitzender gewesen, ist nicht sehr wahrscheinlich«, schrieb Werner Perger 25 Jahre später. »Vielmehr hatte ihm der integrierende Sowohl-als-auch-Führungsstil Brandts während der Kanzlerschaft den Rücken weitgehend freigehalten.«¹⁰ Als Schmidt 2005 in Vorbereitung seines Buches *Außer Dienst* eine Liste eigener Fehler zusammenstellte, zu denen für ihn auch der Verzicht auf den Parteivorsitz zählte, beschied ihn Hans Apel kühl: »Hättest Du nicht gekonnt«.¹¹

Falls Schmidt geglaubt haben sollte, die Partei ähnlich führen zu können wie seinerzeit die Fraktion, wäre er einem schweren Irrtum erlegen. Geschickt zu moderieren und tragfähige Kompromisse herbeizuführen, ist das eine; Schmidt hatte diese Fähigkeit vor allem als Fraktionsvorsitzender in den Jahren der Großen Koalition vielfach unter Beweis gestellt. Eine Programmartei, die in ständiger Unruhe ist, weil sie aufgrund ihres Anspruchs, die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben, alles Erreichte und jeden Status quo gleich wieder infrage stellt, erwartet von ihrer Führung jedoch mehr als die Kunst des Interessenausgleichs. Die SPD verlangte von ihrem Vorsitzenden nicht, dass er sie gut verwaltete, sondern dass er sie permanent in Bewegung hielt und ihr dadurch jene innere Dynamik verlieh, die sie um ihres politischen Selbsterhalts willen brauchte.

Die Partei war der Ort der politischen Willensbildung. Aber die Partei musste auch akzeptieren, dass Machtbeteiligung nur um den Preis der Anpassung an die politischen Realitäten zu haben war, und ihre Interessen im Zweifelsfall den Interessen der Regierung unterordnen. Bis zu diesem Punkt stimmten Schmidt und Brandt im Wesentlichen überein. Schmidt den Rücken freizuhalten, war für Brandt nicht nur eine Frage der Loyalität zum Kanzler – als die er sie später

mitunter darstellte –, sondern auch eine Frage des Machterhalts der SPD. Auf der anderen Seite wusste der Parteivorsitzende, dass Schmidts Pragmatismus vielen Sozialdemokraten insbesondere am linken Flügel schwer auf der Seele lastete. In deren Augen erhob Schmidt »die Beschränkung auf das Machbare zur politischen Maxime, den Pragmatismus zum politischen Prinzip«. ¹² So ging nach Meinung mancher Genossen viel sozialdemokratische Substanz verloren.

Im Juli 1974, zwei Monate nach dem Kanzlerwechsel, bat Schmidt den Parteivorsitzenden zum ersten Mal, er möge dem Eindruck entgegenwirken, dass es »eine Kluft zwischen der Bundesregierung und Teilen der SPD gibt«. ¹³ Solche Bitten häuften sich, Klagen über mangelnde Unterstützung schlossen sich an. Im Oktober 1975 nahm Brandt grundsätzlich Stellung: »Es ist praktisch unmöglich, die Partei im Einzelnen in das einzubeziehen, was Sache der Regierung ist. Mehr als loyales Mittragen kann man nicht erwarten ... Nur, vom Verständnis für die schweren Sorgen dieser Monate kann die Partei allein nicht leben. Sie muss, auch wenn nicht immer Richtiges dabei herauskommt, immer auch über den Tag hinaus denken. Und sie muss gerade in schwierigen Zeiten deutlich zu machen verstehen, aus welchen Grundwerten sie schöpft.« ¹⁴ In einem langen Grundsatzbrief über »das Dreieck Regierung – Fraktion – Partei« schloss er ein halbes Jahr später noch einen persönlichen Rat an Schmidt an: »Du solltest der Partei manchmal noch stärker den Eindruck vermitteln, dass Du um sie wirbst und Dich mit dem identifizierst, was sie in ihrer großen Mehrheit darstellt.« ¹⁵

Solange Brandt davon überzeugt war, dass die Teilhabe an der Regierung den Sozialdemokraten wichtiger sein musste als die Reinhaltung ihrer Grundsätze auf den Bänken der Opposition, ließen sich die Interessen von Partei und Regierung einigermassen im Gleichgewicht halten. Aber je öfter der Kanzler mit Entscheidungen vorpreschte, die ausschließlich in den Gremien der Regierung besprochen und mit der Fraktion abgestimmt worden waren, desto schwieriger wurde es für den Vorsitzenden, dafür zu sorgen, dass die Partei hinterherkam. Auch persönlich fühlte sich Brandt immer

häufiger übergangen, sein Rat war offenbar nicht mehr erwünscht. Briefe von Schmidt, die über eine mehr als protokollarische Informationspflicht hinausgingen, wurden seltener. Auf eigene Anregungen, die Brandt etwa aus seiner Arbeit bei der Nord-Süd-Kommission zog, reagierte der Kanzler freundlich inhaltend. Offenbar lebte man in unterschiedlichen Welten.

Politik war für Willy Brandt immer auch eine Frage des Stils gewesen. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl im Oktober 1980 machte er sich in einem langen Brief an Egon Bahr Luft. Es werde nach der Wahl »zu einer Frage der Parteihygiene, ob ein Beamter oder ein Referent mehr zu sagen hat als der Vorsitzende«. Wenn sich an dem Verhältnis zwischen Regierung und Partei nichts Grundsätzliches ändere, werde darüber »gegebenenfalls« die Partei entscheiden.¹⁶ Die Kränkung war unüberhörbar. Weil Brandt seine Ankündigung wahr machte und die Interessen der Partei von jetzt an sehr viel stärker in den Mittelpunkt rückte – notfalls um den Preis des Machtverlustes –, legte sich über die letzten beiden Jahre der Regierung Schmidt ein immer länger werdender Schatten.

*

Helmut Schmidt hatte sich wenig um die Partei gekümmert. Er hielt Kontakt zum Seeheimer Kreis und zu den so genannten Kanalarbeitern, die ihm den Dreck wegschafften, zu Männern wie Egon Franke, Herbert Ehrenberg oder Hermann Rappe, und baute im Übrigen auf die Unterstützung der Gewerkschaften. Aus dem, was er dort hörte, machte er sich sein Bild der Partei.

Auf der Suche nach neuen Wählerschichten hatte sich die SPD Anfang der siebziger Jahre weit nach links geöffnet und, befeuert durch die Brandt-Wahlen 1972, große Teile der akademischen Jugend mobilisieren können. Die Integration dieser Kräfte war aus Schmidts Sicht jedoch nicht gelungen, im Gegenteil. Langwierige, mühsame Auseinandersetzungen mit den jungen Intellektuellen führten dazu, dass die Partei an ihrem linken Rand weiter aufgeweicht und anfällig wurde für alle möglichen »Spinner«. Spinner

waren in den Augen Schmidts Leute, die keine Ahnung hatten von dem, was sie selbst die Macht des Faktischen nannten, Sozialromantiker, die in den Seminaren der Geistes- und Sozialwissenschaften rekrutiert wurden und mit Theorien zur Umverteilung der Produktionsmittel die Stammwähler verschreckten.

Das Drängen der kritischen Jugend hatte Schmidt anfangs durchaus begrüßt. Ihm gefalle die »unbefangene und unpathetische Art, in der sie politische Probleme betrachtet und beurteilt«, sagte er in einer Rede in Hamburg am 29. Mai 1967 – vier Tage vor den schweren Ausschreitungen während des Schah-Besuchs in Berlin. Diese Generation sei frei »von allen möglichen historisch bedingten Schuldkomplexen«, ihre Kritik »Ausdruck für das wachsende demokratische Bewusstsein in unserem Volk«. Seine Partei rief er dazu auf, »den jungen Kräften Raum und Einfluss [zu] geben ... Sie müssen sich bei uns zu Hause fühlen können, und das heißt: Wir müssen ihnen ... auch tatsächlich zuhören wollen! Diskussion ist das Lebenselixier einer demokratischen Partei!« Allerdings müsse man den Jungen auch deutlich machen, dass die SPD »nicht gegründet wurde, um Opposition an sich zu betreiben«. Man dürfe die Gesellschaft nicht bloß kritisieren, man müsse sie auch verändern wollen.¹⁷

Am 6. Juni, vier Tage nach den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg, nannte Schmidt vor der Bundestagsfraktion den Einsatz der Berliner Polizei unverhältnismäßig und sprach von einer »falschen Reaktion des Staates«; gerade in Universitätsstädten wünsche er sich mehr »Einfühlungsvermögen«. – »Manche Obrigkeiten in Deutschland« hätten leider »immer noch nicht gelernt, Minderheiten ihre Meinung artikulieren zu lassen«, führte er wenig später in einem Interview aus. »Viele dieser jungen Leute meinen es sehr ernst, wenn sie glauben, für die Sache der Freiheit demonstrieren zu sollen, sie glauben nämlich auch, dass ihre Väter nicht genug dafür getan haben.« Schmidt zeigte nicht nur viel Verständnis für das Aufbegehren der Studenten gegen den »konzentrierten Geist der etablierten Universitätsautoritäten«. Er schien sich ein Stück weit sogar mit dem generellen Unbehagen zu identifizieren, in dem, so

Schmidt am 14. Juni vor dem Bundestag, die »Verzweiflung über die Selbstzufriedenheit des deutschen Kleinbürgers« zum Ausdruck kam.¹⁸

Mehr Offenheit, mehr Sympathie für die Sache der Studenten dürfte unter Bonner Spitzenpolitikern im Sommer 1967 schwerlich zu finden gewesen sein. Schmidt beteiligte sich an zahlreichen Diskussionsrunden zum Thema Hochschulreform und suchte immer wieder das Gespräch mit Studenten. Dabei machte er jedoch zwei bittere Erfahrungen. Zum einen musste er feststellen, dass nicht die Kraft des Arguments, sondern die Macht der Gesinnung den Ausschlag gab. Die intellektuelle Überheblichkeit und Arroganz vieler Studenten setzten ihm dabei ebenso zu wie ihre latente Gewaltbereitschaft. Zum anderen wurde ihm klar, dass es bei den Universitätsreformen zu keinem Schulterchluss mit den 68ern kommen würde. Zwar richtete sich ihr Kampf gegen die gleichen Verkrustungen des reaktionären Universitätsbetriebs, die auch er als Student nach dem Krieg schon angeprangert hatte. Aber zwischen ihm und der neuen Protestgeneration lagen jene zwölf Jahre Nationalsozialismus, die aus Sicht der 68er jeden diskreditierten, der im Verdacht stand, mitgemacht zu haben.

Schmidt stellte einen unmittelbaren Zusammenhang her zwischen der Tatsache, dass die Studentengeneration historisch unbelastet und frei von persönlicher Schuld war, und ihrem moralischen Rigorismus. Dies wollte er so nicht akzeptieren. Auf dem Nürnberger Parteitag im März 1968 fasste er seine Erfahrungen aus den monatelangen Auseinandersetzungen zusammen. Die gleiche Toleranz, die er den 25-Jährigen entgegenbringe, erwarte er von diesen gegenüber seiner Generation. Leider sehe er überall nur »große Unuldksamkeit«. Sie sei darauf zurückzuführen, dass die Jugend »kein Verständnis haben kann für die tragischen Verstrickungen, in die während des Nationalsozialismus Millionen von Deutschen geraten sind. Es war eben so, dass von den 13 Millionen Menschen, die Mitglieder der nationalsozialistischen Organisationen geworden sind, viele hineingezwungen oder hineinverstrickt worden sind. Vielleicht kann man das heute schwer begreifen. Es muss wohl schwer sein für

die Jugend, die niemals Diktatur und Zwang wirklich erlebt hat, obwohl sie so viel davon spricht ... Keiner unter den heutigen Demonstranten hat bisher jemals vor der Entscheidung gestanden, zwischen seiner Gewissensmeinung und dem Volksgerichtshof wählen zu müssen. Keiner von ihnen hat – ungleich Millionen der mittleren und älteren Generation – je mitten in einem Kriege, dessen Hintergrund für viele nur sehr unscharf erkennbar war, im Gewissen entscheiden müssen, ob er seine Pflicht als Soldat erfüllen müsse oder ob er mitten im Kriege die Pflicht habe, zu desertieren. Aber Fragen dieser Art sind es doch, mit denen die mittlere und die ältere Generation belastet gewesen ist. Viele von uns tragen heute noch an solchen Lasten.«¹⁹

Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag schnitt hier erstmals öffentlich ein Thema an, mit dem er sich bis zuletzt schwertat. Er habe niemals gelernt, so hat Schmidt das moralische Dilemma seiner Generation im Jahr seines Todes auf den Punkt gebracht, »zwischen dem Prinzip der Pflichterfüllung und der Pflicht selbst zu unterscheiden«.²⁰ Weil die Erziehung im Dritten Reich keinen Unterschied zuließ zwischen individueller Pflicht und der Verpflichtung durch die Gemeinschaft, wurde die Pflichterfüllung als solche zur Pflicht. In der »Volksgemeinschaft« brauchte der Einzelne nicht darüber nachzudenken, worin die Pflicht eigentlich bestand und ob sie moralisch gerechtfertigt war. Dafür, dass seine Generation diesen Zwiespalt gar nicht habe erkennen können, verlangte Schmidt ein Mindestmaß an Verständnis von den Nachgeborenen. Die aber verweigerten den Vätern vielfach nicht nur jede Toleranz, sie machten sie auch mitverantwortlich dafür, dass die Barbarei zwölf Jahre lang funktioniert hatte.

Mit Beginn der sozialliberalen Koalition verhärtete sich Schmidts Haltung gegenüber den 68ern weiter. Die zunehmende Dogmatisierung der SPD von links irritierte Arbeiter und kleine Angestellte, die sich ungern dafür beschimpfen ließen, dass sie die gesellschaftlichen Bedingungen ihres bescheidenen Wohlstands nicht hinreichend reflektierten. Dialektisch geübte Kader, die spielend den historischen Materialismus deklinierten, zerredeten in den

Gremien der Partei jeden mühsam erzielten Kompromiss. Die Marxisten könnten ihre Glaubenskriege gern untereinander austragen oder auch draußen auf der Straße – in der Sozialdemokratischen Partei hätten solche Leute nichts zu suchen. Schmidt hat den gesamten Komplex später unter dem Stichwort »Massenpsychose« zusammengefasst und war zu keinen Differenzierungen mehr bereit.²¹

Die Unversöhnlichkeit gegenüber allem, was sich für ihn unter »68« rubrizieren ließ, gehört zu den seltenen Irrationalitäten im Leben Schmidts. Sie hängt mit seiner Abneigung gegen jede Form von Intellektualismus zusammen, mit seiner Ablehnung von Ideologien und nicht zuletzt damit, dass ihm die jungen Linken die letzten Jahre seiner Kanzlerschaft vergällten. Autorität, für Schmidt eine der wesentlichen Voraussetzungen von Führung, wurde von ihnen gleichgesetzt mit Diktatur und Faschismus. Diese Kluft war unüberbrückbar. Es scheint jedoch schon früh auch zu persönlichen Verletzungen gekommen zu sein. Zweifellos hat Schmidt, der bei öffentlichen Diskussionen 1967/68 manche Demütigung ertrug, die Zurückweisung durch die Studentenbewegung insgesamt als kränkend empfunden. Diese Leute seien schlicht elitär und arrogant, klagte er wiederholt und deutete an, dass es eben auch Klassen-schranken gab zwischen den privilegierten Studenten aus den Reihen des Bürgertums und ihm, dem Jungen aus Barmbek.

Am 15. Juli 1982, kurz vor dem Ende der sozialliberalen Koalition, eskalierte der Konflikt. An diesem Tag meldeten sich drei prominente Linke zu Wort, die den Regierungschef massiv angingen. Johano Strasser beklagte im *Vorwärts* den »Kurs der Selbstverleugnung« der SPD und forderte einen Koalitionswechsel zur »Durchsetzung einer neuen Reformpolitik«.²² Günter Gaus rief im *Stern* mehr oder weniger unverhüllt zum Sturz Schmidts auf. Das Amtsverständnis des Kanzlers beruhe auf fragwürdigen Tugenden, lästerte in der gleichen Ausgabe des *Stern* der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine. Für ihn seien das »Sekundärtugenden«. Was er darunter verstehe? »Ganz präzise gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben.«²³

Am Abend vor der Veröffentlichung rief Lafontaine Helmut Schmidt an, um ihm zu erklären, dass er mit dem, was in der morgigen Ausgabe des *Stern* zitiert werde, den Bundeskanzler nicht persönlich habe treffen wollen. Schmidt, der den sechsseitigen Artikel während des Telefonats auf den Tisch bekam und ihn nur überfliegen konnte, riet Lafontaine, die ihm in den Mund gelegten Zitate durch einen Leserbrief an den *Stern* aus der Welt zu schaffen. »Du hast geantwortet, dass Du dies nicht könntest, denn tatsächlich seien die Zitate so gefallen wie im ›Stern‹ abgedruckt; allerdings habest Du den ›Stern‹-Reporter gebeten, Dich nicht wörtlich zu zitieren.« So gab Schmidt das Gespräch am nächsten Tag in einem Brief an Lafontaine wieder. Inzwischen habe er den Artikel in Gänze gelesen, fuhr Schmidt fort: »Ich habe eine derartige Beleidigung in über 36 Jahren der Zugehörigkeit zu meiner Partei bisher weder innerhalb der Partei noch von einem politischen Gegner erlebt. Dies Letztere wollte ich Dich im Nachgang zu Deinem gestrigen Telefonanruf noch wissen lassen. Willy Brandt erhält Durchdruck dieses Briefes.«²⁴

Brandt kam jetzt ins Schlingern. Rechtzeitig zum Wochenende ließ er in einer Pressemitteilung verbreiten, »dass sehr missverständliche, um nicht zu sagen: verleumderisch wirkende Veröffentlichungen rasch richtiggestellt worden« seien. Er begrüße dies, denn er werde nicht zulassen, »dass irgendjemand, und erst recht jemand aus den eigenen Reihen, den Ruf und das Ansehen des Bundeskanzlers gefährdet«.²⁵ Das war weniger als lauwarm, denn Lafontaine hatte gar nichts richtiggestellt. Mit Spiegelfechtereien um die Autorisierung von Zitaten und deren zulässige Interpretation ließ sich der unselige KZ-Vergleich jedenfalls nicht zurückholen. Die Stimmen derer, die einen Parteiausschluss Lafontaines forderten, mehrten sich. Zugleich blieb aber auch niemandem verborgen, dass Brandt sich schützend vor das SPD-Nachwuchstalent stellte. Am Montag telefonierte Brandt und Schmidt in anderer Sache; auf Nachfrage erklärte Brandt, dass Lafontaine über die Wirkung des *Stern*-Berichts »entsetzt« sei – zu einer weiterreichenden Erklärung war er offenbar nicht zu bewegen gewesen. Darauf Schmidt: »Ich muss mir

überlegen, ob ich noch zum PV [Partei Vorstand] komme, wenn er die Sache nicht aus der Welt schafft.«²⁶

Schmidt legte sich unverzüglich ein eigenes Dossier zum »Gesamtvorgang Lafontaine« an. Das früheste Dokument in diesem Dossier ist das Protokoll einer gemeinsamen Sitzung der SPD-Führungsgremien am 7. November 1980, bei der das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der FDP diskutiert wurde. Oskar Lafontaine trat an diesem Tag als Fürsprecher der Entwicklungshilfe auf. Für ihn gebe es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Entwicklungshilfe und den Rüstungsausgaben. Wenn seine Informationen stimmten, so Lafontaine, sei im Haushalt eine Kürzung der Finanzmittel für die Entwicklungshilfe bei gleichzeitiger Aufstockung des Verteidigungsbudgets vorgesehen. Dies sei nicht hinnehmbar. Er stelle deshalb den Antrag, die Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das zuständig war für die Entwicklungshilfe, neu zu verhandeln. Nach Interventionen von Hans Koschnick, Herbert Wehner und Schmidt selbst zog Lafontaine seinen Antrag zurück, bestand aber darauf, dass beide Punkte noch diskutiert werden müssten. »Im Übrigen könne der Parteirat nicht um Einvernehmen oder Zustimmung gebeten werden, wenn er nicht in der Lage sei, auch zu bestimmten Fragen ein abweichendes Votum abzugeben. Es sei denn, man mache dem Gremium gleich klar, dass es informiert wird, aber keine politischen Entscheidungen zu treffen hat.«²⁷

Die skurrile Diskussion über die Verrechnung von Haushaltsmitteln für Entwicklungshilfe und Verteidigung ist bezeichnend für die Endphase der Regierung Schmidt. Sie verläuft exakt auf der Sollbruchstelle zwischen Partei und Regierung. Der Sprecher der partei-internen Opposition – in diesem Fall Lafontaine – gab zwar nach, weil er, wie es im Protokoll hieß, den Kanzler nicht in Schwierigkeiten bringen wollte. Aber gleichzeitig fühlte er sich stark genug, auf Klärung zu drängen und das Recht der Partei auf eigene, von der Regierungspolitik unabhängige Entscheidungen zu betonen. Zweieinhalb Monate später legten zwei Dutzend Linke einen Antrag vor, in dem Kürzungen des Verteidigungshaushalts um eine Milliarde

D-Mark zugunsten der Entwicklungshilfe verlangt wurden. Ihr Wortführer wurde wenig später aus der SPD ausgeschlossen und gründete ein Jahr später eine eigene Partei.²⁸

*

Im Sommer 1981 formierte sich bundesweit Widerstand gegen die Nachrüstung. Die innerparteiliche Opposition wurde angeführt von einem Mann, der seit langem in der Entwicklungspolitik engagiert war und schon früh dafür geworben hatte, Mittel aus dem Verteidigungsetat direkt in die damals noch so genannte Dritte Welt fließen zu lassen: Erhard Eppler. Eppler war aus anderem Holz als Lafontaine: ein Überzeugungstäter, tief verwurzelt im württembergischen Protestantismus, introvertiert, aber weithin wirksam im Milieu der alternativen Bewegungen. Kein führender Sozialdemokrat hat den Zeitgeist um 1980 besser erfasst als der »denkende Gärtner aus Dornstetten«,²⁹ der das neu aufkommende ökologische Bewusstsein perfekt mit der Endzeitstimmung weiter Kreise zu verknüpfen verstand. Wer Wachstum mit Fortschritt gleichsetze – so ließe sich Epplers Haltung zu Schmidt Anfang der achtziger Jahre pointieren –, verwechsle eben auch Verhandlungen über die Anzahl von Sprengköpfen mit echten Friedensgesprächen.

Als Helmut Schmidt in den neunziger Jahren einen persönlichen Erinnerungsband vorbereitete, in dem er wichtige Begegnungen seines Lebens schildern wollte, sammelte er auch Material zu Erhard Eppler; das Konvolut beschriftete er eigenhändig: »Begegnungen. Kapitel Gegner«. Ein solches Kapitel findet sich in dem 1996 erschienenen Band *Weggeföhrt* nicht. Entweder bekam Schmidt nicht genügend »Gegner« zusammen, die eine kritische Auseinandersetzung aus seiner Sicht lohnten, oder aber er folgte am Ende dem bewährten Grundsatz, Gegner durch Nichtachtung zu strafen. An einigen wenigen Stellen in *Weggeföhrt* taucht Epplers Name dennoch auf. Anfang 1982 sei ihm »immer klarer« geworden, schreibt Schmidt, »dass Lambsdorff und Eppler die Regierung beiseitigen wollten«. Ausgerechnet Lambsdorff und Eppler – womög-

lich in einem gemeinsamen Komplott! Gegen Ende des Bandes kommt Schmidt noch einmal auf »die zerstörerische Wirkung Erhard Eppers« zu sprechen, »der mich in der Tat gern beseitigt sehen wollte und sich einbildete, nach vier Jahren CDU/CSU-Regierung käme die SPD wieder dran, die sich in der Zwischenzeit nach seinen ideologischen Vorstellungen wandeln sollte«. ³⁰ Was irritierte Schmidt so an diesem Mann?

Das letzte Dokument, das Schmidt im Eppler-Konvolut abheftete, war dessen *FAZ*-Fragebogen. Prominente beantworteten in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über viele Jahre mehr oder weniger originell Fragen nach ihrer Lieblingsgestalt in der Geschichte, nach ihrem größtem Fehler oder ihrem Traum vom Glück. Auf die Frage »Wer oder was hätten Sie sein mögen?« gab Eppler im August 1994 treuherzig zur Antwort: »Manchmal Bundeskanzler«. Schmidt hat Frage und Antwort mit grünem Stift dick eingekreist. In der Tat war Eppler davon überzeugt und gab dies auch Parteikollegen zu verstehen, dass Brandt 1974 ihn und nicht Schmidt als Nachfolger hätte vorschlagen sollen. Das Verhältnis Schmidt – Eppler sei »allenfalls psychologisch angemessen zu deuten«, urteilt Hartmut Soell: »Schmidt ist so etwas wie der ältere (im Krieg gefallene) Bruder Eppers, von dem sich der Jüngere irgendwann emanzipieren musste.« ³¹ Dieser »Bruderkrieg« (Schmidt war acht Jahre älter) spiegelte zugleich einen Grundkonflikt innerhalb der SPD wider, der die Partei in jeweils anderen Konstellationen bis zum heutigen Tag in Atem hält.

Beide, Eppler und Schmidt, waren politische Ziehsöhne Fritz Eplers. Im Oktober 1968 setzte Schmidt ihn gegen den Widerstand der »Kanalarbeiter« als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit durch. ³² Unter Brandt blieb Eppler zuständig für Entwicklungsfragen. Sechs Wochen nach Übernahme der Regierung durch Schmidt 1974 trat er dann aufgrund von Differenzen über den Etat für die Entwicklungshilfe unter großem Aplomb zurück. Als Schmidt es nach den Bundestagswahlen 1976 ablehnte, mit Eppler und anderen kritischen Mitgliedern des Parteivorstands über die Regierungspolitik der nächsten vier Jahre zu diskutieren, vollzog Eppler auch innerlich

die Trennung. Sie gingen »mit so verschiedenen Denkansätzen« an die Probleme heran, »dass wir notwendig nicht nur zu verschiedenen, sondern oft auch zu genau gegensätzlichen Ergebnissen kommen«. Er, Eppler, müsse nun ertragen, dass der Kanzler »oft so handelt und redet, dass ich mich damit nicht identifizieren kann ... Und Du musst ertragen, dass Du von mir Widerspruch bekommst ... Für Deine Regierungsarbeit wünsche ich Dir den Erfolg, an den ich von Tag zu Tag weniger glauben kann.«³³

Der Gegensatz von »Verantwortungsethik« und »Gesinnungsethik« hat sich auf der politischen Bühne der Bundesrepublik selten so klar an zwei Protagonisten festmachen lassen wie an Helmut Schmidt und Erhard Eppler. Wer verantwortungsethisch handelt, heißt es bei Max Weber, weiß, dass er für die Folgen seines Tuns selbst aufzukommen hat; dieser Maxime folgte Schmidt. Hingegen handelt der Gesinnungsethiker aus der Sicht Webers nach dem Grundsatz: Der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim; seine primäre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Flamme der reinen Gesinnung nicht erlischt. Eppler wollte seine politische Arbeit ungerne auf Gesinnung und Moral reduzieren lassen, ihn schmerzte die darin zum Ausdruck kommende Abwertung, und deshalb nannte er sich lieber einen Wertkonservativen. Ein Wertkonservativer orientiere sich – im Gegensatz zu einem Systemkonservativen wie dem Bundeskanzler – nicht an Konventionen, sondern an Inhalten.

Von Schmidt vielfach gedemütigt, so Eppler 1996 in seinen Erinnerungen, sei er zu einem Moralisten wider Willen geworden, der leider fast immer recht behalten habe. Acht lange Jahre, bis zum Ende der Regierung Schmidt, habe er sich mit dem Gedanken getröstet, »dass es Zeiten gibt, in denen man nichts bewegen kann außer den Fäusten, die auf einem heruntrommeln«. In besonders schrecklicher Erinnerung blieben ihm zwei mehrstündige Gespräche mit Schmidt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, bei denen die unüberwindliche »geistige Barriere« zwischen ihnen deutlich geworden sei; hinterher habe er sich »so ausgelaugt, so hilflos« gefühlt wie selten. »Im Übrigen tat er mir manchmal sogar etwas leid.« Alles, was

dem Kanzler zur Lösung der aktuellen Krise eingefallen sei, habe nämlich nur zu ihrer Verschärfung beigetragen. Konjunkturreinbrüche seien nun einmal ein Indikator dafür, dass im System etwas schief laufe; wenn Energie immer teurer werde, müsse man eben anfangen, ökologisch zu wirtschaften. Eppler war der festen Überzeugung, dass sein Bild der Wirklichkeit »das modernere« war und »in einigen Jahren einer Mehrheit einleuchten würde«. Leider habe sich Schmidt nicht helfen lassen wollen. Es sei erschütternd gewesen zu beobachten, wie er, »der Intelligenteste von uns allen, mit dem Bewusstsein der sechziger Jahre die achtziger Jahre meistern wollte«. ³⁴

Als ein Mann von gestern hingestellt zu werden, hätte Helmut Schmidt zweifellos kaltgelassen, wäre Eppler nicht zum Hoffnungsträger der Antiatomkraft- und Friedensbewegung geworden. Bereits 1976 hatte Eppler sein Bundestagsmandat niedergelegt, um sich ganz auf die Parteilarbeit in Baden-Württemberg zu konzentrieren. Für die krachenden Niederlagen, die er dort einfuhr, machte er Helmut Schmidt verantwortlich. Nach der Wahl 1980, bei der die Grünen erstmals ins Stuttgarter Parlament einzogen, habe er »Körbe von Briefen [bekommen], in denen sich die Leute entschuldigt haben und sagten, wir wollten ja nicht dich bestrafen, sondern den in Bonn, also haben wir grün gewählt«. Hätte man die Grünen bei dieser Wahl unter 5 Prozent halten können, so Eppler noch 2016 in einem *Spiegel*-Interview, wäre es möglicherweise sogar gelungen, eine alternative Partei links der SPD auf Dauer zu verhindern. ³⁵

Anfang September 1981 wurde bekannt, dass Erhard Eppler auf der für den 10. Oktober im Bonner Hofgarten geplanten Großkundgebung gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen als Redner auftreten werde. Jetzt war für Schmidt der Zeitpunkt gekommen, bei Brandt zu intervenieren. Eppler betreibe in der Nachrüstungsdebatte »eine einseitige Emotionalisierung ... eine allgemeine Stimmungsmache gegen die Amerikaner«, die von der Führung der Partei nicht länger hingenommen werden dürfe. »Ich schreibe Dir diesen Brief mit der dringlichen Bitte, Erhard Eppler zu ersuchen, sich von der Veranstaltung fernzuhalten und zu verhindern, dass sein Name mit ihr in Verbindung gebracht wird.« ³⁶

Schmidt entwarf ein Schreckensszenario: Gruppen von Demonstranten, die aus der gesamten Bundesrepublik »nach Bonn gekarrt werden«, könnten die Kundgebung unter ihre Gewalt bringen und »die Emotionalisierung ausnutzend« zu einem »Sturm auf die Hardthöhe« aufrufen, den Sitz des Bundesverteidigungsministeriums. »Es ist ausgeschlossen, für diesen Tag etwa den Posten, welche das Gelände der Hardthöhe sichern, die Waffen oder die Munition zu nehmen, damit Blutvergießen vermieden werde. Es ist ebenso ausgeschlossen, den heute schon bekannten Absichten gegenüber auf Widerstand zu verzichten.« Wenn das Wachbataillon der Bundeswehr am 10. Oktober tatsächlich gezwungen wäre, auf gewaltbereite Demonstranten zu schießen, würde auch im Parteipräsidium »die Lage völlig unhaltbar werden«. Deutlicher konnte die Warnung nicht ausfallen.³⁷

Die SPD müsse darauf achten, antwortete Brandt, sich »nicht zu isolieren von dem, was viele, vor allem junge Menschen, in unserem Lande umtreibt«. ³⁸ Deshalb unterstützte er in der Präsidiumssitzung am 28. September Epplers Redeauftritt in Bonn. Das Präsidium wäre gut beraten gewesen, kritisierte Horst Ehmke später, Eppler wenigstens aufzufordern, auch die Position der SPD darzulegen, die von der seinen ja erheblich abwich. »Eppler sah sich offenbar mehr in der Rolle eines Vorkämpfers der Friedensbewegung als in der eines SPD-Präsidiumsmitglieds.« ³⁹ Wenige Ereignisse haben das Ansehen der Regierung Schmidt so beschädigt wie die Kundgebung im Bonner Hofgarten, zu der sich 250 000 bis 300 000 Menschen versammelten. Die SPD – so legte es der Auftritt ihres Präsidiumsmitglieds Erhard Eppler nahe – ging in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses offenbar auf Distanz zum Kanzler.

Die SPD hatte sich auf dem Gebiet der Bündnis- und Sicherheitspolitik immer schon schwergetan. »Es fehlt eben doch sehr an Kenntnissen im Einzelnen und an solider Untermauerung«, klagte Brandt bereits 1960 und bat den in militärpolitischen Fragen versierten Schmidt um Unterstützung.⁴⁰ Schmidt arbeitete damals an seinem ersten Buch *Verteidigung oder Vergeltung*, in dem er sich kritisch mit der NATO-Doktrin der massiven Vergeltung auseinandersetzte.

Im Februar 1961 schickte er die Druckfahnen an Brandts Wahlbüro, wo sie »für Dich ausgeschlachtet werden können«. In einem ausführlichen Schreiben an den SPD-Kanzlerkandidaten fasste Schmidt seine Thesen zusammen: »Wir können keine Strategie akzeptieren, die im Kriegsfall darauf hinausläuft, ein völlig verwüstetes Mitteleuropa nach einer letzten Schlacht wieder befreit zu sehen.« Im Übrigen sei eine solche Strategie nur glaubwürdig, wenn man der östlichen Seite Pläne für einen nuklearen Erstschlag unterstelle. Im Falle einer Aggression unterhalb dieser Schwelle würde sich die NATO aber wohl kaum zum Einsatz nuklearer Waffen entschließen. Ein solcher Fall sei jedoch der wahrscheinliche. Deshalb hätten die Deutschen ein »spezifisches Interesse bei der strategischen Konzeption der NATO« und sollten sich innerhalb der Allianz für die Strategie der »Flexible Response« einsetzen. Nur ein massiver Ausbau der konventionell ausgerüsteten Einheiten ermögliche im Ernstfall – auf einer unteren Stufe der Eskalation – eine Verteidigung Europas, ohne dass es zum Einsatz nuklearer Waffen kommen müsse.⁴¹

An diesem sicherheitspolitischen Konzept hielt Schmidt unbeirrbar fest. Einerseits sollte der Westen auf eine potentielle Bedrohung flexibel reagieren können, andererseits musste die Gefahr, dass Deutschland zum atomaren Schlachtfeld wurde, auf ein Minimum reduziert werden. Man muss diese Ausgangsposition kennen, will man Schmidts Haltung in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss verstehen. Nicht umsonst hat er noch im hohen Alter *Verteidigung oder Vergeltung* als sein mit Abstand wichtigstes Buch bezeichnet.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begann die Sowjetunion mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. In einer viel beachteten Rede vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) am 28. Oktober 1977 in London forderte Schmidt, dass diese Raketen vom Typ SS 20 in die SALT-Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen einbezogen werden müssten, weil sonst ein Ungleichgewicht in Europa und insbesondere eine Isolierung der Bundesrepublik drohten. Unterstützt vom briti-

schen Premierminister James Callaghan und seinem Freund, dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing, überzeugte er im Januar 1979 auf der Karibikinsel Guadeloupe US-Präsident Jimmy Carter davon, dass man den Russen Verhandlungen über die so genannten Grauzonenwaffen anbieten, ihnen aber gleichzeitig mit der Aufstellung eigener Mittelstreckenraketen drohen müsse. Dies war die Geburtsstunde des Doppelbeschlusses, den die Außen- und Verteidigungsminister der vierzehn NATO-Staaten im Dezember desselben Jahres in Brüssel verkündeten. Sollte innerhalb von vier Jahren mit den Russen keine Einigung über die taktischen Nuklearwaffen zustande kommen, würde der Westen seinerseits mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen beginnen.

Kritik kam nicht nur aus den Reihen der Friedensbewegung. Schmidts Sorge, dass Deutschland durch die eurostrategischen Waffen der Russen politisch erpressbar werde, sei berechtigt gewesen, urteilte etwa der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke. »Mit seinem Versuch, die beiden Supermächte nicht nur zu Verhandlungen über ihre nuklearen Mittelstreckenwaffen, sondern in diesen Verhandlungen auch noch zu dem von uns gewünschten Ergebnis zu bringen, übernahm er sich aber.«⁴² Auch Egon Bahr, der von sich sagen konnte, Schmidt zähle ihn »zu den dreieinhalb Leuten in Bonn, die etwas von Strategie verstünden«, nannte die Einmischung in das Geschäft der Supermächte einen Fehler.⁴³ Man habe den USA damit einen Vorwand geliefert, wieder Raketen-systeme in Europa zu stationieren (die nach der Kubakrise abgezogen worden waren), und dies sei für die Russen unannehmbar gewesen. Bahr nannte Guadeloupe deshalb einen Pyrrhus-Sieg.

Aus der Sicht Schmidts war der NATO-Doppelbeschluss die stringente Fortführung des Konzepts der »Flexible Response«. Die Russen mussten begreifen, dass sich das nordatlantische Bündnis nicht dadurch spalten ließ, dass sie mit den Amerikanern einen Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen schlossen und gleichzeitig an ihrer Westgrenze neue Raketen mit drei Sprengköpfen stationierten, die westdeutsche Großstädte innerhalb von Minuten auslöschten konnten. In der Friedensbewegung hielt man solche Szenarien

für bloße Panikmache: Die Russen verfolgten keinerlei aggressive Absichten, die Kriegstreiber seien die Amerikaner. In der Tat deutete manches darauf hin, dass es der NATO 1979 in erster Linie um die Modernisierung ihrer Waffensysteme ging und dass mit den Rüstungskontrollverhandlungen lediglich die vier Jahre überbrückt werden sollten, die man von der Aufnahme der Produktion bis zur endgültigen Stationierung der Pershing und Cruise Missiles veranschlagte.

Die SPD stand vor einer Zerreißprobe. Ihre Zustimmung zum Doppelbeschluss gab sie auf einem Parteitag Anfang Dezember 1979 unter der Bedingung, dass es keinen Automatismus geben dürfe: Über die Stationierung könne erst im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse im Herbst 1983 endgültig entschieden werden. Schmidt musste diesen Kompromiss akzeptieren, obwohl ihm klar war, dass er damit sowohl in Moskau als auch in Washington an Glaubwürdigkeit verlor – schließlich war die Initiative von ihm ausgegangen, und jetzt folgte ihm nicht einmal seine eigene Partei. Die wiederum überschätzte ihre eigene Rolle maßlos, wenn sie ernsthaft glaubte, Druck auf die USA ausüben zu können, indem sie drohte, hinterher, wenn sich herausstellen sollte, dass sich die Amerikaner bei den Verhandlungen nicht genügend angestrengt hätten, die Stationierung zu verweigern.

Man braucht hier weder auf die durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ausgelöste neue Nervosität im Verhältnis der beiden Supermächte noch auf den zähen Verlauf der Genfer Abrüstungsgespräche, noch gar auf das SDI-Programm im Besonderen einzugehen. Es genügt, festzustellen, dass alle Sozialdemokraten, die sich mit der Problematik einigermaßen auskannten, hinterher zum gleichen Ergebnis kamen: Schmidt hätte den zweiten Teil des Doppelbeschlusses, die Stationierung neuer amerikanischer Raketen, bei der SPD 1983 nicht durchbekommen. Als die Koalition im Herbst 1982 zerbrach, dürften die meisten Genossen tatsächlich tief durchgeatmet haben. »Die Entwicklung entthob die Partei einer Entscheidung, an der die Regierung zerbrochen wäre, wenn es sie noch gegeben hätte«, so Egon Bahr.⁴⁴ Und Horst Ehmke sekundierte: Die SPD

